

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Volk. 1930-1930 1930

32 (9.8.1930)

DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

ORGAN DER CHRISTLICH-SOZIALEN REICHSPARTEI
Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatlich für Deutschland 0,80 RM., f. d. Saargebiet Fr. 4,50, f. Österreich S. 1,40
ausschließlich Zustellgebühr. Postverlagsort: WÜRZBURG

Ausgabe für Baden

Herausgeber und Gesamtverantwortlich: Vitus Heller,
Würzburg. Geschäftsstelle: Würzburg, Karthause 11a, Fern-
ruf Nr. 6015. Postcheckkonten: Vorking 12329 Nürnberg.
Partei-Kasse 33038 Nürnberg. Druck: Werkbund Würzburg.

NR. 32 / 11. JAHRGANG

SAMSTAG, DEN 9. AUGUST 1930

EINZELNUMMER 20 PFG.

Kämpf für die Einheitsfront der Betrogenen und Ausgebeuteten!

Ja oder Nein!

Das Volk wird wieder überschwemmt mit Flugblättern, Zeitungsartikeln, Wahlversammlungen. Kaum kennt es sich mehr aus. „Der Staat ist in Gefahr“, rufen die einen, „die Republik muß gerettet werden“ die anderen, „die Religion ist in Gefahr“ die christlichen Parteien.

Mit welcher Entscheidung treten die alten Parteien vor dieses Volk? Was hat ihm das Zentrum zu sagen mit der BVP., die Parteien, auf deren Konto die Hauptverantwortung für die seit 1919 getätigte Politik praktisch beruht?

Was hat die neue Staatspartei der Koch und Mahrhaun den breiten Massen vorzulegen?

Was will man? Will man die „Mitte“, die keine der heute notwendigen tiefsten Lebensfragen unseres Volkes praktisch anpacken kann? Will man den Rechtsblock, der die politische Machtkomplexion des Kapitalismus, der Schwerindustrie, Hochfinanz und der Großagrarier ist? Oder will man den Linksblock, der in sich noch gar keine einheitliche Zielsetzung kennt? Soll die Regierung Brüning nach den Wahlen ihren Kurs fortsetzen, oder soll etwas ganz anderes kommen?

Für das Volk der Bauern, die heute bei hohen Zöllen und vollen Scheunen zugrunde gehen; das Volk der immer mehr verproletarisierenden Mittelständler und Handwerker, die von Hochfinanz, Kartellen und Monopolen und der gesunkenen Kaufkraft der breiten Massen, den Folgen der Arbeitslosigkeit in ihrer Existenz bedroht sind? Weil das Volk der Arbeitslosigkeit mit bis zum Winter mindestens vier Millionen Arbeitslosen, mit Lohnsenkungen, Erhöhungen der Lasten für Versicherungsbeiträge, Konsumsteuern, Verteuerung der Lebenshaltung, Erhöhung der Mieten usw. ins letzte Elend geschleudert wird — für dieses Volk kann keine dieser Parteien die Entscheidung bedeuten und der Weg sein: — heraus aus dem Sumpf!

Es gibt nur eine Parole, ein großes Ja oder Nein! — Das Ruder muß herumgeworfen werden und zwar ganz konsequent und radikal.

Das Volk der Schaffenden muß in eine einheitliche Front hinein! Es ist das Volk der Mehrheit! 47,7 Prozent unseres Volkes haben ein Einkommen unter 1500 Mark im Jahre! 50 Prozent gehören zu der ausgebeuteten Schicht der Arbeiter! 30 Prozent zu der ebenso bedrohten und bestohlenen Schicht des Bauerntums! 10 Prozent zu dem ebenso hart bedrängten Mittelstand! Kriegskrüppel, Rentner und andere Schichten der Entrechteten gehören dazu. Diese Front muß sich bilden! Die Schaffenden gegen die Genießenden und Raffenden! Welche der alten großen Parteien stellt diese Grundentscheidung: Steht ihr in der Front der Ausgebeuteten oder in der Front der Ausbeutung? Steht ihr in der proletarischen Front oder in der kapitalistischen? Hier gibt es kein „Wenn“ und „Aber“, hier gibt es nur ein „Ja“ oder „Nein“!

Sagt ihr ja oder nein! zur radikalen, unbedingten Pazifizierung Deutschlands? Keinen Pfennig für Aufrüstung, Wehretats, Panzerkreuzer! Der kommende Krieg Europas ist der Gift- und Gaskrieg! Er wird in der Massenkonzentration der Menschen (Rheinland, Ruhr etc.) in Deutschland volksmordend und volksvernichtend wirken müssen, ganz anders, wie etwa in Rußland mit seinem Riesenlebensraum von einem Sechstel der Erdoberfläche!

Bekannt ihr euch zu einem Staat des schaffenden Volkes oder zu einem Staate der Postenversorgung, der Überorganisation, der unsittlichen hohen Gehälter und Pensionen? Oder vertretet ihr mit uns den Grundsatz: „In dieser Notzeit des Volkes, wo gerade die Führerschichten mit Opfern und Entsagen vorangehen müßten, ist jedes Gehalt über 1200 Mark und jede Pension über 600 Mark im Monat unsittlich? Seid ihr für eine Streichung dieser hohen Gehalts- und Pensionssätze? Seid ihr für eine gründliche Remedur im Auswärtigen Amt, bei den noch unsittlichen Gesandtschaftsgehältern etc.? Seid ihr für eine Vereinfachung der ganzen Staatsmaschinerie, welche die Hälfte der jetzigen Etats überflüssig macht? Ja! oder Nein!?

Seid ihr dafür, daß die jetzige planlose Bankrottwirtschaft des liberal-kapitalistischen Wirtschaftschaos durch eine auf Bedarfsdeckung konzentrierte Planwirtschaft in den Händen des Volkes unter Überwachung des Staates abgeschafft wird? Daß damit die Landwirtschaft technisiert, mit Maschinen

Wahlaufruf.

Die Auflösung des Reichstags bedeutet den Schlußstrich unter die Tätigkeit eines Parlaments und der Regierungen, die trotz aller Vielgeschäftigkeit zu keiner Tat kommen konnten, die sich in der Sackgasse der Parteipolitik verannt, aber in der Rettung des deutschen Volkes versagt haben. Wir stehen vor dem

vollständigen Bankrott der alten Parteien und ihrer Politik.

Das Ergebnis der Parteipolitik der letzten Jahre ist ein Trümmerhaufen: Unerträgliche äußere Tributbelastungen, im Innern politischer Wirrwarr, Zerrüttung der gesamten Volkswirtschaft, gekennzeichnet durch Kreditkrise und Kapitalflucht, Verelendung und Bedrohung der Existenz von Millionen von Arbeitern und Angestellten durch eine ungeheuerlich anwachsende Arbeitslosigkeit, zunehmende Not der Landwirtschaft und fortschreitende Proletarisierung des deutschen Mittelstandes. Das Vertrauen zu der Führung in Politik und Wirtschaft ist im ganzen Volke vollkommen erschüttert, ja vernichtet. Wir stehen mitten in der schwersten Staats- und Rechtskrise, in einer Wirtschaftskrise gefährlichster Art, in einer geistig-sittlichen Krise, welche die Grundfesten unserer Staats- und Gesellschaftsordnung erschüttert.

In letzter Stunde, in höchster Not heißt es jetzt:
Das Steuer herum!

Weg mit der Politik der Unehrllichkeit und Unwahrhaftigkeit!

Weg mit der Posten- und Stellenjägererei der alten Parteien!

Weg mit der kurzsichtigen und engstirnigen Vertretung von Sonderinteressen, die zum Ruin des Ganzen und damit aller führt!

Weg mit all den Halbheiten und Unzulänglichkeiten!

Hin zur energischen, betretenden Tat!
Das deutsche Volk verlangt Rettung aus seiner Not!

Wir rufen das deutsche Volk auf zum geschlossenen Abwehrkampf gegen die erdrückende Belastung durch den Youngplan, durch den das deutsche Volk der internationalen Hochfinanz rettungslos ausgeliefert wurde. Wir fordern, daß dieser Kampf in erster Linie von der Lüge der inneren Entschuldung Deutschlands durch die Inflationszeit aus geführt werden muß.

Wir rufen innerpolitisch das deutsche Volk auf zur Sammlung aller ehrlichen und anständigen Menschen ohne Unterschied des Berufs, der Konfession und der bisherigen Parteizugehörigkeit, zur Einheitsfront aller Entrechteten und Ausgebeuteten.

Aus der Staats- und Rechtskrise rettet uns nicht Gewalt, nicht Diktatur, sondern allein die Rückkehr zum Recht und damit zur Wiederherstellung des Vertrauens. Das erste und wichtigste sind nicht äußere und organisatorische Änderungen wie Reichsreform usw., sondern Unterdrückung jeder Art von Korruption, Rückkehr zur Ehrlichkeit, Anständigkeit, Wahrhaftigkeit im gesamten öffentlichen Leben.

Unser Weg ist der Weg der Rettung!
Deutsche Männer und Frauen, her zu uns!

Volksrecht-Partei

Christlich-Soziale Reichspartei.

AUS DEM INHALT:

„Wo steht die Christlich-Soziale Reichspartei?“ — Gut bürgerlich — Wohin führt Dr. Kaas das Zentrum? — Die neue Wandlung Dr. Wirths — Der Zerfall der bürgerlichen Front — Provokation der Bergarbeiter — Etwas öflicher! — Lokanga Mukara (Fortsetzung) — Anweisungen zur Wahl — Aus der Bewegung.

versorgt, die Produktion gehoben, unser Volk unabhängig wird mit seiner Lebensmittelversorgung vom Auslande? Für eine radikale Zerschlagung des Großgrundbesitzes und einer großzügigen Bauernsiedlung? Seid ihr dafür, daß diese Siedlungen errichtet werden auf Grund des Erbbaurechts und die Siedler nur eine jährliche Bodenrente an den Staat, die Allgemeinheit, abzuführen haben? (Fortsetzung 2. Seite.)

Wochenschau

Die Demokratische Partei hat sich aufgelöst und mit dem Jungdeutschen Orden die „Deutsche Staatspartei“ gegründet. Diese schwarz-weiß-rote—schwarz-rot-goldene Ehe wird nichts Vernünftiger zustande bringen.

Bei dem heutigen Partei-Chaos weiß man nicht, was alles kommen wird. Aber einiges kann man mit einiger Bestimmtheit feststellen, daß die Parole der Parteien, vom Zentrum bis zur äußersten Rechten, sich gegen das werktätige Volk und gegen die Arbeiterklasse richtet. Selbst ein Dr. Wirth glaubt der SPD. eine Warnung geben zu müssen. — Der Feind steht scheinbar nicht mehr rechts.

Die Besprechungen zwischen den „massbejahenden Parteien“, in denen Herr Dr. Scholz von der DVP, eingeladen hat, sind gescheitert. Die Deutsche Staatspartei stellte die Bedingung, daß auf keinen Fall ein Zusammengehen mit rechts-radikalen Elementen in Frage kommen könnte. Diese Bedingung lehnte Dr. Scholz ab. Damit hat er seinen und seiner Partei Charakter gründlich entlarvt.

Die freien Gewerkschaften haben beschlossen, die Kündigung der Arbeitseinsteller in der nordwestdeutschen Eisenindustrie zu Ende September auszusprechen. Die christlichen und die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften haben das vorgesehene Abkommen mit dem Arbeitgeberverband unterzeichnet. Damit werden die geltenden Lohn- und Arbeitseinsteller auf ein Jahr verlängert.

Die Schlichtsteuer ist gestern im bayerischen Staatshaushalt mit 17 gegen 13 Stimmen abgelehnt worden. Sie wird nun im Wege der Notverordnung eingeführt.

Die thüringischen Minister sind gestern bei ihrer Besprechung in Garmisch zu der Einsicht gekommen, daß Thüringen ohne den Reichsratsbeschluß für die Polizeikosten nicht auskommen kann. Weitere Beschlüsse sollen am 8. August gefaßt werden.

Der braunschweigische Landtag hat beschlossen, sich am 13. September aufzulösen. Die Neuwahlen werden gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 14. September vorgenommen.

Wegen verbotenen Waffentragens sind vom Berliner Schnellrichter zwei Nationalsozialisten zu drei bzw. vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der eine hatte eine Pistole, der andere ein geschärftes halbes Hufeisen bei sich.

Der Reichsarbeitsminister hat die Beschaffungsressorts darauf hingewiesen, daß es nicht angängig sei, öffentliche Aufträge an solche Firmen zu vergeben, die in den Beziehungen zu ihren Arbeitnehmern ein offenbar unsoziales Verhalten an den Tag legen durch ungerechtfertigte Entlassungen und Überstunden. — Diese Mahnung ist wohl zuletzt an den Oberscharfmacher von Siemens gerichtet, der allein jährlich von der Post Millionen-Aufträge erhält und jetzt in seinen Betrieben einen siebenprozentigen Abbau der Angestellten und Arbeiter durchführt.

Zu Finanzierung ihrer Bauarbeiten hat die Reichsbahn 150 Millionen Mark aufgenommen.

König Faisal von Irak will demnächst Berlin einen Besuch abstatten. — Ein neuer Amanullah-Rummel steht für Berlin bevor.

Die Metallindustriellen in Niederschlesien haben den bestehenden Lohnvertrag auf 30. September gekündigt. Sie halten eine 10prozentige Lohnherabsetzung für notwendig, wenn die Betriebe nicht vollends zusammenbrechen sollen.

Der Demokrat Erkens ist zu den Sozialdemokraten übergetreten.

Im bayerischen Landtag wurde eine Amnestie der Fememörder in der Pfalz gutgeheißen. Desgleichen wurden Anträge auf Aufhebung des Uniformverbotes abgelehnt.

Der preussische Ministerpräsident hat den Landvolkfürher Hamkens wegen Beleidigung verklagt.

In der Strafsache gegen Martin Lampel und Genossen hat nunmehr die Staatsanwaltschaft Neide gegen die drei Angeklagten Lampel, Schweringer und Weunditz die Anklage wegen Mordes erhoben.

Ein von der Deutschen Volkspartei und Deutschen Staatspartei und den übrigen Rechtsparteien angeregter, gemeinsamer Wahlauftritt wird vom Zentrum abgelehnt.



Aus Peking wird gemeldet, daß in der Stadt Tschangschu, der Hauptstadt der Provinz Hunan furchtbare Zustände herrschen. Zahlreiche Gebäude stehen in Flammen und Hunderte von Beamten, Kaufleuten und Hausbesitzern sind grausam hingerichtet worden. 100 000 Menschen sind bereits aus der Stadt geflohen.

Amerikanische Prohibitionsbeamte beschlagnahmten in einer Brauerei und in einem Café in Brooklyn für 1 1/2 Millionen Dollars Spirituosen, darunter etwa 1000 Fässer Bier, Bottiche voll neuen Bieres, zahlreiche Flaschen Whisky und Wein.

In das nordfranzösische Streikgebiet, das immer größere Ausdehnungen annimmt, hat man Militär abtransportiert.

Mit einer Thronrede des Königs wurde das englische Pflanzens auf den 28. Oktober vertagt.

Vier japanische Torpedobootzerstörer sind auf dem Weg nach China.

Griechenland und die Türkei haben sich auf Flottengleichheit geeinigt, so daß der Rüstungswettbewerb zur See zwischen beiden Staaten beendet ist.

Das englische Oberhaus hat den englischen Flottenpakt gutgeheißen.

Der türkisch-sowjetische Freundschaftsvertrag ist verlängert worden.

Wie die „Prawda“ mitteilt, hat die Leitung der Bundesvereinigung der Stahl- und Eisenindustrie „Stal“ 200 deutsche Ingenieure und 100 hochqualifizierte deutsche Arbeiter für Arbeiten an den Stahl- und Eisenwerken der Sowjunion verpflichtet.

Die türkische Regierung will an Persien wegen der Kurdenfälle in türkisches Gebiet eine Drohnote richten.

Das wertvollste Schiff der kleinen dänischen Kriegsflootte, der Schichtkreuzer „Niels Juel“ soll in Ausführung der Abrüstung für 17 Millionen Mark an die chinesische Regierung verkauft werden. — es zur Bekämpfung des Piratenunwesens kaufen will.

Seid ihr für ein generelles Bodenrecht des Erbbaurechtes, durch das der Boden den Bauernfamilien gesichert wird und nicht das Finanz-Leihkapital sich des Bodens bemächtigen kann.

Seid ihr für kollektive Übernahme der industriellen Werke durch die organisierte Arbeiterschaft, der diese Werke als Kollektiveigentum übertragen werden. Daß damit die Aktiengesellschaften mit ihren Dividenden und Tantiemen die Trust- und Monopolmacht einer kleinen Schichte, über Brot, Maschinen, Menschenexistenzen aufgehoben werden?

Seid ihr für eine Regelung innerhalb dieser Planwirtschaft, welche das Geld als Tauschmittel aus den Händen einiger Wucherschichten nimmt und dem Volke, dem Staate zur Verantwortung überträgt, besonders die Währung? Daß die Reichsbank samt den anderen Privatbanken verstaatlicht werde? Daß damit das Geld nur das natürliche Austauschmittel für die Funktionen der Planwirtschaft wird? Daß damit die Zinsausräuberung abgeschafft wird? Ja oder Nein!?

Seid ihr dafür, daß aufgeräumt werden muß mit den Subsidien, Moratorien, Subventionen gegenüber der kapitalistischen Schwerindustrie und den Großagrariern?

Seid ihr dafür, daß die Steuern gerecht verteilt werden, zuerst auf die starken Schultern des Volkes? Daß alle indirekten Konsumsteuern verschwinden und eine klare, einfache, aber gerechte Besteuerung aus Einkommen und Vermögen den stark verminderten Staatsbedarf deckt?

Seid ihr dafür, daß außenpolitisch eine Politik des Friedens getrieben wird, daß Deutschland außenpolitisch alles fördert, was unterdrückte Völker (Indien, China, Kolonien des Imperialismus) zur Volk- und Völkerfreiheit führen kann? Daß

Wohin führt Dr. Kaas das Zentrum?

Das Zentrum kann heute rechts, morgen links! Solange das Konkordat nicht unter Fach und die Gehälter nicht bewilligt waren, ging es Hand in Hand mit den Sozialdemokraten. Sobald das Konkordat unter Fach war, begann der stille und jetzt offene Kampf gegen den „Marxismus“. Und zwar zunächst unter Führung von Dr. Kaas. Die elisässische Zeitung „Le Republicain Haut Rhin“, Mühlhausen, schreibt dazu unter dem 25. Juli (wörtlich in deutscher Sprache):

„Was soll man sagen, wenn man den Prälaten Kaas, den Führer der katholischen Zentrums, dessen Beziehungen zur Vatikan-Diplomatie bekannt sind, im Berliner Zentrumsblatt, der „Germania“, die Zusammenarbeit Deutschlands mit dem faszinischen Italien verteidigen sieht? Prälat Kaas, der vor drei Jahren aus Genf zurückkehrte, den Mund voller Worte des guten Einvernehmens und des gegenseitigen Verstehens, findet heute, daß die Außenpolitik, welche von Mussolini präkonisiert wird, verdient, von Deutschland befolgt zu werden, daß der große Verband der Unzufriedenen Deutschlands unter seinen Mitgliedern zählen müßte, daß das über-den-Haufen-werfen aller Verträge, wie es von dem italienischen Diktator angepfloben wird, ebenfalls von Deutschland zur Grundlage der Außenpolitik genommen werden muß. Prälat Kaas kann sich keiner Täuschung hingeben über die wirklichen Absichten Mussolinis, daß sich hinter der Larve des „großen Gerechten“ und des obersten Schiedsrichters, die der Chef der faszinischen Regierung gegenwärtig vorgebunden hat, das Gesicht eines Menschen verbirgt, der, besetzt von „il sacro

„Wo bleibt die Christlich-Soziale Reichspartei?“

So fragt Hellmuth v. Gerlach im „Dortmunder Generalanzeiger“. Er führt aus, daß die Lösung aus dem parteipolitischen und politischen Chaos davon auch mit abhängig sei, wie es gelinge, daß die Christlich-Soziale Reichspartei die Massen der christlichen Arbeiter (wir sagen dazu und Bauern! D. R.) in die große Front der Schaffenden, Pazifisten, Antikapitalisten führe. Ganz richtig gesehen. So sehen wir längst unsere grundsätzliche Aufgabe!

Jedoch: Die Christlich-Soziale Reichspartei ist da! Sie ist nach dem Wahlkampfe 1928, obwohl sie auf Grund des unsittlichen Wahlgesetzes kein Mandat errungen hat, nicht untergegangen. Sie hat im Gegenteil mit verstärkter Intensivität gearbeitet im Volke, hat besonders den neuen Vorstoß in die Bauernschaft der kleinen und mittleren Bauern begonnen, um die Fronten zu schließen. Sie hat in ihrer Wahlnummer zur Einigung aller Kräfte der schaffenden Massen in breiter Front aufgerufen! Sie hat besonders seit Jahren die Pazifisten im ganzen Reiche aufgerufen, sich einheitlich in diese Front zu stellen und die christlichen Pazifisten in der einzigen eindeutig pazifistischen Partei, der CSRP, zu einigen. Sie hat immer zu dieser Sammlung aufgerufen und war dazu bereit! Sie tritt auch jetzt mit der Sammlung der Volkspartei auf, deren Führer uns erklärten, daß sie gegen den Krieg grundsätzlich sind! Daß sie sich in die Front aller Entrechteten stellen, für Gerechtigkeit, für gerechten Lohn, gegen Plutokratie und Hochfinanz, für den klassenlosen Staat wahrer Volksgemeinschaft!

Aber wo bleiben die Leute und Kräfte um den „Dortmunder Generalanzeiger“? Wo blieb bisher Hellmuth v. Gerlach, der uns als „Splitterpartei“ nicht vollpolitisch wertete? Wo bleibt sie in dieser Stunde ganz real praktisch, wo Hellmuth v. Gerlach, der immer in seiner „Welt am Montag“ gegen Neugründungen von Parteien auftrat, mit Dr. Quidde, dem alten Friedenskämpfer, mit Max Reinheimer vom „Dortmunder Generalanzeiger“ ausgerechnet jetzt eine neue Partei demokratisch-pazifistischen Grundcharakters in Nürnberg mit Otto Stündt gründeten? Wohin gehören all diese Kräfte, wenn man eine wirklich einheitliche große Volksfront gegen den Krieg und gegen diese heutige Parteikorruption will? Hat man Angst, in die eindeutige proletarische Front zu treten? Wo bleiben die Leute um „Das andere Deutschland“?

die deutsche Außenpolitik abrückt von der imperialistischen Politik Englands und zum Teil Frankreichs und Amerikas und noch mehr vom Faschismus von Italien, der den neuen Imperialismus bedeutet?

Seid ihr dafür, daß jeder kommende Krieg, auch ein Interventionskrieg gegen Rußland unterbleibt und verhindert wird, bei denen das deutsche Volk nur die eigene Vernichtung erhalten würde?

Seid ihr dafür, daß der Mißbrauch der Religion zu parteipolitischen und politischen Zwecken endlich einmal aufhört und eine sachliche Politik eigener Verantwortung unter Hochhaltung der Gewissensfreiheit nach allen Seiten hin gepflegt wird?

Seid ihr dafür, daß das grauenvolle Unrecht an den Inflationsrentnern gutgemacht und vor allem für diese alten Leutchen durch ein Rentnergesetz gesorgt wird, zu dessen Kosten die Inflationsgewinner herangezogen werden?

Hier liegen die Entscheidungen dieses Wahlkampfes! Hierzu gilt es das „Ja!“ oder „Nein!“ zu sagen!

Bauern, Arbeiter, Handwerker, Mittelständler, Jugend, legt diese Entscheidungen den heutigen Parteien vor! Welche wird in allem mit „Ja!“ auf Grund ihres Programms, noch mehr auf Grund ihrer Taten und ihrer Männer eindeutig und klar antworten können?

Die Christlich-Soziale Reichspartei erhebt diese Forderungen. Es sind dies nicht alle Forderungen, die erhoben und durchgesetzt werden müssen, aber es sind einige grundsätzliche und entscheidende!

Nach dieser Grundlinie müßt ihr in die Wahl gehen!

rogismo“, bereit ist, sich morgen mit jenen zu verbinden, die er am Tage zuvor bekämpfte, wenn nur die italienischen Pläne hierbei ihre Erfüllung finden. . .

Dadurch, daß der Führer der deutschen Zentrumsparlei sich die These Mussolinis zu eigen machte, stellte er sich bewußt auf die Seite der deutschen Nationalisten, die, um ihren Haß gegen Frankreich zu stillen, bereit sind, mit dem Teufel zu marschieren, ob er nun bolschewistischen oder faszinischen Ursprungs sein mag.“

Wir glauben, daß sich Kaas noch mehr verrechnet, als Seipel in Österreich! Wenn er glaubt, gegenüber dem stark anwachsenden Nationalsozialismus diesem nationalistischen Wettrennen das Wasser abtragen zu sollen, wird ihm der radikalere Bruder Hitler beweisen, daß er es besser kann und er der Sieger über Kaas bleibt. Ob aber Hitler „mal, wie es Müller-Severing ganz haben, auch ein Konkordat abschließen wird mit dem Zentrum, das wird ich Dr. Kaas wohl nicht träumen lassen. Trotzdem hat das deutsche Volk, haben die Bauern und Arbeiter, die noch im Zentrum sind, heute und in nächster Zeit noch viel mehr, ganz andere Notwendigkeiten, als nach mussolinischen Faschismus zu rufen! Sie brauchen Brot und Arbeit! Aber es ist echt „Zentrum“, unter Stresemann'scher Versöhnungspolitik zu machen und unter Treviranus Faschismus! Es fragt sich nur, wie weit das deutsche, vor allem das bittere Not leidende Volk der breiten Massen ein solches Schachbrettschachspiel noch mitmachen kann, ohne im allgemeinen Chaos unterzugehen, oder zur letzten Verzweiflung getrieben zu werden!

Wenn dann der „Kultur bolschewismus“ kommt, soll man sich bei solchem Kurs und solchen Führungen dafür bedanken!

Stehen sie nur im SPD-Lager, das abgegrenzt ist? Wo bleiben Lüth, Stündt von der jungen, sozialen und pazifistischen Front? Warum finden sie den Dreh und letzten Schritt nicht?

Wenn ein Demokrat sagen würde, uns trennt die kulturpolitische Linie der CSRP., sie ist uns zu „kirchlich, zu christlich“ eingestellt, so erklären wir: Die Grundlinie der CSRP, auf kulturellem Gebiete ist der Standpunkt religiöser Aufrichtigkeit und Gewissensfreiheit! Gewissensfreiheit, Freiheit für alle Bekenntnisse, ohne Vorherrschaft und ohne Benachteiligung irgend einer Kirche oder Weltanschauung! Auf diesen grundsätzlichen Boden, den jeder Katholik, Protestant, sogar jeder Freireligiöse grundsätzlich betritt, müßte in der politischen Aufgabengruppe jeder dieser Menschen treten. Diese Grundlage gilt es überhaupt zu schaffen, wenn wir zu eindeutiger positiver Politik kommen wollen, in der die volkszerstörenden, degenerierenden Zerfleischungskämpfe konfessioneller Parteipolitik einmal aufhören müssen, in einem Volke, das zu zwei Drittel evangelisch, ein Drittel katholisch und dabei innerhalb und außerhalb dieser drei Drittel noch zu einem starken weiteren Drittel interkonfessionell oder akonfessionell zusammengesetzt ist.

Die CSRP. ist da! Sie weiß um ihre Aufgabe und ihr Ziel und sie arbeitet mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften, ihrem Ziele und ihrem Idealismus unbeirrt so weit, als es in der geistigen und sozialpolitischen Verfassung unseres Volkes menschenmöglich ist! V. H.

Christliche Arbeiter und CSRP.

„Existiert eigentlich die Christlich-Soziale Reichspartei noch? Wenn ja, so könnten die katholischen Arbeiter dem nach rechts drängenden Zentrum eine gute Lektion erteilen indem sie in Massen für die Listen dieser Partei stimmten die auf streng christlichem Boden steht. Ihr Gewissen als Katholiken wäre beruhigt und sie würden zugleich für die Republik, für den Pazifismus und für stramme Sozialpolitik demonstrieren.“

Hellmuth v. Gerlach im „Dortmunder Generalanzeiger“.

Die neue Wandlung Dr. Wirths!

Dr. Wirth stand links! Er stand im Reichsbanner Hand in Hand mit den Sozialdemokraten und Demokraten. Er gab gemeinsam mit dem Demokraten Haas und dem Sozialdemokraten Loebe die „Republik“ heraus. „Der Feind steht rechts!“ war Dr. Wirths Parole! „Schickt uns 30 neue Republikaner in den Reichstag“, rief er den Massen zu, „dann wird die Republik zeigen, was sie kann.“

1930 vor dem Reichswahlkampf erklärt der gleiche Dr. Wirth vor den Berliner Windhorstbündlern: „Das Leitwort des Zentrums als Schlüsselpartei lautet: Augen nach links und rechts! Wir werden mit den Rechtsparteien genau so gut wie bisher mit den Linksparteien zusammen regieren.“

Von der Zentrumsparade wissen wir das nicht anders. Als Zentrum, als bürgerliche Mittelpartei, die „alle“ sammeln will, vom Bankier bis zum Arbeitlosen, kann diese Partei gar nicht anders. Sie deshalb zu bekämpfen, wäre verfehlt, weil die schaffenden Massen eben klar sehen müssen, daß zwar eine solche Partei auf Grund ihrer grundsätzlichen Haltung und Zusammensetzung gar nicht anders kann, daß aber für diese Massen eben in einer solchen Partei kein Platz ist! Aber wenn ein Mann wie Dr. Wirth seine persönliche Überzeugung und Grundhaltung derart pendelartig hin- und herwirft, muß es zu denken geben! Im großen gesehen beweist diese Haltungswandlung Dr. Wirths den Massen nur, wie weit das Zentrum den Kurs bereits nach rechts gedreht hat, wenn sogar seine prominenten Vertreter des „linken“ Zentrums schon rechts sich stellen! Wie Stegerwald gegen die Kriegopfer, für die Beschneidung der Arbeitlosen, gegen die Kürzung des Wehretats eintritt, wie Brüning die Entwicklung von seiner Lex-Brüning bis zur Diktaturverordnung nach rechts sich entwickelte, wie Dr. Kass den Rechtsmarsch, auch in Preußen vorbereitete, so ist die ganze Partei rechts gerückt! Um so besser. Die Entscheidungen werden klarer, die Fronten im Volke leichter, die Geister scheiden sich zusehends: Hier die sich neu sammelnde Rechte, Staatspartei, Landbund, Deutsche Volkspartei, hier die Sammlung aller reaktionären, kapitalistischen Mächte in der Politik, dort die wachsende Not der Arbeitslosigkeit, der Bauernverschuldung und Vergantung, die Front des schaffenden, ausgebeuteten Volkes! Dr. Wirth scheidet aus dieser Front mit seiner Erklärung endgültig aus! Die Massen bedauern nur, ihm einmal zugejubelt zu haben!

Gut bürgerlich!

Wenn die Leute um die „Volksschaft“ sich für die „Staatspartei“ erklären, beweisen sie nur, wie gut bürgerlich sie geworden sind und wie sie die letzten und tiefsten Entscheidungen nicht sehen. Sie hängen am „Staat“, Staatspartei, Staatspolitik! Als ob nicht dieser Staat das Werkzeug des Kapitalismus sei! Als ob nicht dieser Staat mit seinen Belastungen, seinen unsittlichen Etagen, seinen Subventionen überhaupt Wirtschaft und Volk in die Katastrophe treiben würde. Es gibt auch zu denken, wenn man sich einer Partei anschließt, die sich bündelt, weil Abgeordnete verfallender Parteien neue Plattformen suchen, und weil Marhaun, dessen „Jungdeutscher Orden“ politisch keine Zukunft mehr aufzeigte, umschwenkte und Plattformen im Parlamentarismus sucht, den er vorher grundsätzlich bekämpft hat. Es ist tragisch und symbolisch, daß Menschen, die aus der „Jugendbewegung“ kommen, ihre politische Entscheidung nicht zur wirklich unteren Volksentscheidung, zum Proletariat hin, suchen, sondern in der Staatsmachtgruppierung von rechts! Man hat nicht den Mut und die Konsequenz, eindeutig sich zum Proletariat zu bekennen. Das Proletariat erlebt aber immer mehr die Tatsache, daß es wirklich seinen Kampf allein führen muß, daß die anderen Schichten, wegen ihrer bürgerlichen Gebundenheit nicht mitkämpfen können! Es muß auf sich selbst verzichten können, aber um so mehr seine Reihen schließen und seine Kraft mehren!

Die kapitalistische Entwicklung!

Der Prozeß der Verproletarisierung schreitet unaufhaltsam brutal weiter:

Berliner AEG-Betriebe: im Januar 1929 40 000 Belegschaft, im April 1930: 33 000 Mann.

Siemensbetriebe: „In den Großberliner Betrieben des Siemenskonzerns ist binnen Jahresfrist die Arbeiterbelegschaft um ein Drittel verringert.“ TU-Meldung.

Krupp-Essen: „Ab nächste Woche will Krupp für 45 seiner Betriebe, für 10—15 000 Arbeiter Kurzarbeit einführen. Jede Woche sollen die Arbeiter drei Tage feiern.“

Der Verband Schlesischer Metallindustrieller fordert einen Lohnabbau von 10 Prozent. Er hat die Tarife gekündigt.

Im ersten Halbjahr 1930 verlor der Industriearbeiter durchschnittlich 10 Mark die Woche oder mehr als ein Fünftel seines Lohn Einkommens infolge von Arbeitslosigkeit. Der gelernte Bauarbeiter verdient heute noch nicht zwei Drittel seines Vorjahrlohnverdienstes und der ungelernete gar nur wenig mehr als die Hälfte. . . . Seit Juli letzten Jahres sind die Lebenshaltungskosten zum ersten Male wieder von Mai bis Juni gestiegen. Infolgedessen, sowie wegen Senkung der Geldlöhne ist die Kaufkraft des Arbeiters gesunken. Die Kaufkraft des Lohn Einkommens der Arbeiter war im Juni 1930 mehr als 10 Prozent niedriger als im Juni 1929. Die Kosten der Lebenshaltung für eine Arbeiterfamilie mit drei Kindern waren im Durchschnitt des ersten halben Jahres 1930 nahezu 20 Prozent höher als das Durchschnittseinkommen des Industriearbeiters, einschließlich seiner Arbeitslosenunterstützung.“ (Dr. Kuczynski in der „Finanzpolitischen Korrespondenz.“)

Dagegen:

Der Preußische Landtag bewilligte Kupferwerken eine große Staatssubvention, weil die Werke „wegen der hohen Kupferpreise“ zusammenzubrechen drohten. . . . Dabei machte Abgeordn. Pohl (V.R.P.) die Feststellung, daß die gleichen Leute, die im Aufsichtsrat dieser Kupferverarbeitungswerke sitzen, auch in jenem Verbands Aufsichtsrat sind, der die Kupferpreise bestimmt und in die Höhe trieb!

Die Gerstenpreise betragen i m Jahre 1928 im Durchschnitt 8 Mark, gegenüber 8, 9, 10 Mark im Frieden. Der Hopfenpreis betrug gegenüber früheren Jahren, wo der Zentner Hopfen 160 bis 240 Mark kostete, 70 Mark. Für ein Hektoliter Bier brauchten die Großbrauereien ganze 5,27 Mark für Rohstoffe. Dieses Braukapital aber hat die höchsten Dividenden aller Aktiengesellschaften Deutschlands verteilt, riesige Rücklagen, Abschreibungen gemacht!

Der Zerfall der bürgerlichen Front.

Die Deutsche demokratische Partei hat sich aufgelöst. Die Deutschnationale Volkspartei ist in der Auflösung begriffen. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei in Württemberg, Hofrat Bickes, hat seinen Austritt aus der DV. erklärt. Die alten Abgeordneten der demokratischen Partei haben mit dem Führer des jungdeutschen Ordens eine „Staatspartei“ gegründet. Der Landbund stellt eine eigene Partei auf: „Landvolk“, der auch der Bauernbündler Fehr in Bayern beigetreten ist. Quidde, Helmuth v. Gerlach, Otto Stündt, Max Reinheimer haben in Nürnberg eine neue Partei: „Vereinigung unabhängiger Demokraten“ gebildet, die pazifistisch eingestellt sein will. In Trier hat der Vorsitzende der Nationalsozialisten, Klaus Brixius, im Stadtrat erklärt, daß er es nicht länger mit seinem Gewissen vereinbaren könne, noch Mitglied der Nationalsozialisten zu sein.

Das ist das Chaos im kapitalistischen Bürgertum! Gegenüber der rapid fortschreitenden Verproletarisierung der breitesten Volksschichten, nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern weit ins Bauerntum und in den bürgerlichen Mittelstand hinein, muß sich dieses politische Chaos auswirken. Dieses Chaos, der Zerfall der alten Parteien von rechts und

der Bildung neuer Rechtsparteien ist aber noch nicht die klare Frontbildung, die Scheidung der Geister. Aber es ist Etappe dazu! Demgegenüber wird die starke Front der Ausgebeuteten, Entrechteten, die Front der Schaffenden, der Bauern und Arbeiter immer deutlicher und klarer und dort, in dieser eindeutigen Frontbildung liegt die letzte Entscheidung, aus diesem Chaos und Sumpf herauszukommen!

Weiter abwärts!

Bei AEG, und Siemens sind 10 Prozent der Angestellten gekündigt worden. Etwas 4000 Angestellte werden von der Kündigung betroffen. Die National-Registrierkassen AG. hat 300 Angestellten gekündigt. Bei Stock u. Cie. sind 45 Prozent der Angestellten gekündigt. Bei der Firma Orenstein u. Koppel folgt ein zehnprozentiger Abbau.

Nackte Zahlen, aber erschütternd! Überall, im Rheinlande, Ruhrgebiet, Berlin, Schlesien, dem Süden, Kündigungen auf Kündigungen. In Hamburg ist die Hälfte arbeitslos. „Bis zum Winter kommt es darauf an, ob wir und wie wir weitere 3 Milliarden für die Arbeitslosen aufbringen“, erklärt Stegerwald!

Diese kapitalistische Profitwirtschaft, die den Massenbedarf unseres Volkes nicht mehr decken kann, ist am Ende ihres wirtschaftlichen Könnens!

Und wir haben Arbeit in Fülle! Wir haben Massenbedarf. Wir haben eine Million Wohnungen nötig. Unsere Bauern brauchen Maschinen, Traktoren etc. Unsere Sparkassen haben höhere Einlagen als 1913! Zehn Milliarden deutschen Kapitals gingen ins Ausland. Es ist Geld da, nur ist es in den Händen einer dünnen Kapitalistenschicht, nicht im Betriebe der Volkswirtschaft!

Nur die Grundänderung des ganzen Systems durch die politische Mechtergreifung des schaffenden Volkes kann hier das Ruder herumwerfen!

Die Schuld am Rhein.

Von Carl Mertens.

(Schluß.)

In nicht vielen deutschen Ländern glüht — durch Jahrzehnte hindurch — der Funke der antipreußischen Einstellung so heiß und ununterbrochen wie am Rheine. Der Bevölkerung dieses von Preußen nur als Wehrburg und Ausfallort geachteten und nur als Frohland und Reichland bewunderten Landstriches sind die preußischen Klirrassierstiefel Bismarcks zu eng. Waren zu eng und werden auch dann zu eng bleiben, wenn sozialistische Leisten schläger an ihnen herumschustern. Im Rheinlande weht um seine Burgen Rebellengeist seit alters her und in seinen Tälern weht jene lateinisch-französische Tradition des ältesten Deutschlands, der das junge barbarische Preußen so verständnislos gegenüber steht. Aus solchem Geiste wirken separatistische und autonomistische und föderalistische Strömungen. Es ist wahr, daß Frankreich das Rheinland annektieren wollte, kaum eine Handvoll unbedeutender Schwarmgeister spielte mit dieser Absurdität. Dagegen rechnete Frankreich mit der Lebensfähigkeit dieses Gebietes und — es verrechnete sich in erster Linie, weil es nicht verstand, diesen Geist aus sich heraus auferstehen zu lassen, weil es eine ganze Reihe taktischer Fehler machte, über die man sich heute in Paris klar ist, weil es allzu bald gewisse Rückwirkungen nach Elsaß-Lothringen fürchtete und aus solcher Befürchtung heraus die Geschlossenheit der Politik zerbrach. Ebenso wenig, wie die Preußen dem Lande als Retter erschienen, als sie mit pommerischen Grenadiere einmarschierten, ebenso wenig, noch weniger kann man ihm Retter sein, wenn man sich durch Spahis und Marokkaner vertreten läßt. Wenn Frankreich im Rheinlande etwas erwartete, so hätte es sich passiv verhalten müssen. Nicht zuletzt auch an seiner planlosen Aktivität zerbrachen seine eigenen Hoffnungen.

Der Rheinländer sah sich in einer Zwickmühle. Er lehnte den seinen katholischen Glauben bedrohenden Sozialismus und den seine Individualität nicht schonenden sozialistischen Zentralismus ab und war bereit, sein eigenes Geschick in seine eigenen Hände zu nehmen. Damals bekannte sich das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit spontan zu einem freien Rheinlande im Rahmen des deutschen Reiches. Es wurden Besprechungen abgehalten, deren Inhalt durchaus den Tatbestand der Vorbereitung des Hochverrats, so ihn das preußisch-deutsche Strafrecht bestimmte, erfüllten. Es bekannten sich Persönlichkeiten und Kreise zu diesem Hochverrat, die — gewiegte Politiker — leider heute andre Lieder zur rheinischen Leyer singen. Diese Tatsachen stehen fest, diese Persönlichkeiten, die sich mit heute landflüchtigen und geächteten Separatisten am grünen Tische fanden, sind bekannt, der Marsch, dessen Endziel das freie Rheinland war, war angetreten worden. Wie schon gesagt, Frankreich verstand nicht im rechten Moment aus dem Wege zu treten und — indem es diese Bewegung bel allen nur zu gerechtfertigten Gegensätzen und nur zu begründetem Mißtrauen gegen das unbesetzte Deutschland allzu eifrig fördern wollte, brach es ihr das Genick. Gleichseitig flüsterter man — elende Ohrenbläser! deren Sinn ein Volksbetrug war — von einer Anerkennung der rheinischen Bewegung seitens des deutschen Reiches, weil man auf diese Weise den Rhein von fremder Truppe frei, Deutschland von den Friedensbestimmungen wenigstens etwas entlastet machen wollte, um dann in großer Hakenschwengung den Status quo ante wieder herzustellen. Beide Tendenzen, die französische und die preußische, förderten jene alte deutsche Untugend, an der schon manche große Sache kläglich verging: die Zwißtracht im eigenen Lager. Aus einer Volksbewegung wurde eine politische Bewegung, in der sich gemäßigtere und extreme Richtungen gegenseitig bedrängten.

Inzwischen kam es zwischen Deutschland und den Vertragsmächten zum offenen Bruch. Die französische Besatzung wurde gegen das Ruhrgebiet in Bewegung gesetzt und die Soldaten, von der Bevölkerung des besetzten Gebietes nicht gern gesehen, schufen im Rheinlande selbst einen scharfen Gegensatz zwi-

schen sich und den Rheinischen. Der passive Widerstand griff in das besetzte Gebiet über, nur noch die extreme Gruppe der rheinischen Sonderbündler war bereit, das freie Rheinland zu proklamieren. Die gemäßigten sagten nicht etwa radikal ab, sondern sie gefielen sich in einer abwartenden Haltung, bereit, sich später auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen. Man hat später dieses Jahr 1922/1923 das Jahr des politischen und wirtschaftlichen Irrsinns genannt. Der rheinische Putsch, als einheitliche Aktion geplant, zerfiel in einzelnen Kravallen. Die Führer haben die Sache nicht mehr in der Hand. Schurken werden an hervorragende Stellen gestoßen. Privatinteressen schädigen die Sache. Gesindel profitiert von der Gelegenheit. Obendrein gebärdet sich der Aufruf antiklerikal. Angesichts dieser Entwicklung bleibt der erwartete allgemeine rheinische Aufstand aus. Die Separatisten sind gezwungen, sich an die Besatzung um Hilfe zu wenden. Und jetzt erst wendet sich der Haß, vom unbesetzten Deutschland aus geschürt, von Provokateuren und im Lande ansässigen Preußen aufgestachelt, gegen die Separatisten. Weil die Führer nicht stark genug waren, das eigene Haus in Ordnung zu halten, bricht — ein Spuk nur — die rheinische Sache in sich zusammen. Lediglich in der Pfalz konnte sich eine autonome Regierung ordnungsmäßig bilden und länger behaupten. Gegen sie wird von der Pfalzzentrale in Heidelberg der Fememord mobilisiert. Auch in der Pfalz mußte die Bewegung Schiffbruch leiden, nachdem im übrigen Rheinland der Erfolg ausblieb und das unbesetzte Deutschland seine vor keiner Gefahr zurückschreckenden Mordbanden ansetzte. Die Pfalzregierung übergab ihre Geschäfte einem besonderen Ausschuß pfälzischer Führer und dankte ab, nachdem eine ordnungsgemäße Abwicklung der Geschäfte durchgeführt worden war. Das Spiel war aus. „Separatist“ wurde ein Schimpfwort.

Es war vorauszu sehen, daß die Übergriffe einzelner „Separatisten“ den Führern der Bewegung in die Lehne geschoben wurden. Es ist nicht verwunderlich, daß Separatisten und „Separatisten“ heute als Sündenböcke zu dienen haben, wo ganz andere Dinge unheilvoll wirkten. Es ist und bleibt dauernd, daß die Separatisten schweigen, schweigen, schweigen, während gelegentlich, das bei ihnen tätige Gesindel von sich reden macht und durch neue Schmutzereien Person und Sache diskreditiert.

Verlosch mit dem separatistischen Spuk auch jener glühende Funke rheinischen Elgenbewußtseins, rheinischen Rebellentums? Verklang im Geheul gegen die zurückgebliebenen Separatisten, das — darüber muß man sich in Frankreich klar sein — den abziehenden Franzosen galt und darum doppelt feig und hinterlistig ist, das einstens sogar von der rheinischen Presse, wie der „Trierer Landesszeitung“, gelobte Bekenntnis zum freien deutschen Rheine? Versank der Traum, der über den Wogen des Rheines wob? Wir wollen warten, was geschieht, wenn erst wieder die preußischen Stiefelsohlen über die Stiegen knarren . . .

P.S. Die „Trierer Landesszeitung“ verdient zu ihrer Rheinlandnummer eine besondere Berücksichtigung. Mit billigen Können schürt sie Ressentiments gegen Frankreich, mit beißendem Haß plakatiert sie die Namen der früheren Separatisten an und — um rechter Wegweiser zu sein, nennt sie gleich die Wohnstraße mit. Sie selbst forderte einmal ein freies Deutschland im Rahmen des deutschen Reiches, stürmisch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung verlangt, durch Volksabstimmung zu erreichen . . . doch diesen Brief falsifizierte sie in ihrer Festnummer nicht. Ein Beispiel nur, zu zeigen, wie sie arbeitet, um die Separatisten madig zu machen, sie nennt den rheinischen Kultusminister Dr. Krämers „einen früheren Geistlichen“ und weiß genau, daß Dr. Krämers heute noch katholischer Geistlicher ist, wie er es früher war. Warum diese Hetze, warum diese Duckerel? Hülten Bekenntnisse zum Frieden und zur Verständigung, Warnungen an Preußen und eine schöne Geste des Versöhens für jene, die nicht allein die Schuld für eine erlidigte Sache trugen, hätte eine Bändigung des nationalen Überschwanges die Befreiungsfeier getrübt? Wäre sie mit weniger Krugall ins Wasser gefallen?

Hebt die Fahnen!

Hebt die Fahnen zum Sturm signal,
schmiedet die Massen zum Damme,
und durch die Nächte, ein wildes Fanal
Schlagen die Herzen zur Flamme.

Das Fahnenstück ist wie Blut so rot,
von unserem Herzen will rinnen,
und drin steht das Kreuz in schwarzer Not.
Das Kreuz wird die Schlacht gewinnen.

Die Glocken donnern zum letzten Sturm,
es rauschet in Lichtgesängen,
es fallen Krone und Kerkersturm
und die Fesseln, die an uns hängen.

Der Elendhaufen kommt angebraut
wird Schänder und Schatten verschüttet,
und Arbeiterhände und Arbeiterfaust
tragen das Licht in die Hütten.

Aufbrüllen in Wut und in Todesnot
die Drachen und Drohnen der Lände,
und neue Menschheit in heiligem Kampf
vernichtet Tyrannenschande.

Volksrechtsturn.

Die Provozierung der Bergarbeiter.

Es ist nicht jedem bekannt, daß die Bergleute während des Stahlbades des verlossenen Krieges, der sich jetzt zum sechzehnten Male führt, bis zum Weißbluten geschuftet und bis zum Umfallen gebürgert haben mit ihren Angehörigen.

Es ist auch nicht jedem bekannt — und sehr viele haben es auch vergessen —, daß der erste Reichspräsident Ebert gesagt hat, als der Weltkrieg liquidiert und Deutschland jeder Zahlungsmittel bar war, „der Bergmann ist die Säule, an dem sich der zukünftige Staat aufranken muß“. Und er hat die Zahlungsmittel geschaffen, der Bergmann, das Mädchen für alles, das Versuchskämnickel der sogenannten Wirtschaft.

Es kam der sogenannte passive Widerstand, welcher als aktiver Widerstand gedacht war von den Vivisektoren, der deutschen Wirtschaft. Dieser ist ihnen nicht gelungen, jener wohl, — wegen ein paar Telegraphenstangen und etlichen tausend Tonnen Kohlen, — welche wohl hätten geliefert werden können, wenn die deutschen Wirtschaftskankulierer gewillt hätten. Die Bergleute waren nicht schuld. Nach Abbruch des passiven Widerstandes ging die Leidensmisse des deutschen Bergmannes von neuem los. Wenn er während des Krieges — bei faulen Kartoffeln, Steckrüben und Marmelade — und bis zum passiven Widerstand in einem Meere von Überarbeit fest versunken ist, so trat nach dem passiven Widerstand das direkte Gegenteil ein. Mit Ausnahme des Jahres 1926, wo der deutsche Bergmann durch Oberschichten half, dem englischen Kumpel den halbjährigen Streik zu verlieren, zum Gaudium des internationalen Kapitals, wutete er bis jetzt durch eine Meer von Feierschichten. Von gewerkschaftlicher Seite wurde errechnet, daß die Ruhrbergarbeiter allein in den fünf ersten Monaten dieses Jahres einen Lohnausfall hatte durch Feierschichten von 17½ Millionen Mark, den Lohnausfall der Entlassenen nicht mitgerechnet. Und dieses geschieht angesichts der Tatsache, daß vor den Toren des Ruhrgebietes, im Münsterlande, in den Herrschaftsgebieten der Herren von Dölnen, von Salm-Salm, Salm-Horstmar, von Landsberg-Vehlen immer noch Jura, jährlich Knüppelholz verbrannt wird, wie zur Zeit des großen Kurfürsten. Wie muß es erst in dieser Hinsicht in den übrigen ländlichen Gebieten Deutschlands aussehen, ganz zu schweigen von der armen städtischen Bevölkerung.

Lukanga Mukara

Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara in innerste Deutschland.

(Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf.)

(5. Fortsetzung)

SECHSTER BRIEF

Berlin, den 1. November 1912.

Mukamal Freund der Stiere!

Die Berge und Täler Kitaras sind durch schmale Steige verbunden, auf denen Rinder, Schafe und Menschen gehen. Wo der Boden von Quellen erweicht ist, treten die Rinder in ihre alten Spuren und lassen Erdschollen, wie Schwellen zwischen ihren Tritsen. Über die Papyrusbüsche der Talsohlen legen die Wähuu Rohrbindel und am Strom wartet ein ausgehöhlter Baumstamm, der als Fähre dient. An den Strohhütten unterm Felsen stehen Bananen: das Korn lagert in geflochtenen Körben, die auf Pfählen stehen, und in einer hohlen Kürbischale reicht ein Mädchen dem Wanderer den Honigtrank. Die Häupter der Vulkane Karissimbi, Sabinjo, Nirarongo grüßen herüber. Die Wolken, die über ihnen lagern, ergießen ihre Tropfen auf die Täler und das Wasser fließt in lieblichen Bächen zur Ebene des Kagara. Und jetzt wende Deinen Blick von dieser erhabenen Ruhe und Schönheit in das Land der Wasungu. Es ist, als wenn Du auf einen Schwarm der Termiten lästest, die der Steppenbrand in Todesangst versetzt. Die einen tragen hier, die anderen dorthin Steinen, Eier, Blätter. Du kannst nicht von Wanderern sprechen, auch nicht von Fußwegen und von der Ruhe der Täler. Die Wasungu rasen durch ihr Land hin und her, sie ebnen die Wege, legen glatte Eisenbahnen darauf und lassen Wagen darauf entlang toben, in die sie sich setzen. Du glaubst, sie hätten sehr Wichtiges an andern Orten zu tun. Ich habe das noch nie erfahren. Sie haben wie wir, Eltern, Geschwister und Kinder, die krank werden oder sterben, sie haben Sorgen und Ängste. Deshalb, sagen sie, rasen sie durch das Land; also in all den Fällen, in denen wir in Kitara gehen oder zu Hause bleiben. Aber noch merkwürdiger ist, was sie mit den Sachen anstellen, die sie überall zusammenkratzen. Auch die packen sie auf Wagen und lassen sie völlig sinnlos so schnell durch das Land fahren, daß man nicht nebenher laufen kann. Sinnlos sage ich; denn ich sah es oft, daß Wagen aneinander vorbeifahren, die mit derselben Ware beladen sind. Überall aber an diesen Eisenbahnstraßen stehen Männer, die aufpassen, pfeifen, blasen und winken, klingeln und nach den Zeitweilern sehen, die aufgestellt sind oder die sie an einer Kette am Leibe tragen. Diese Narrheit nennen sie Verkehr und halten den Unfug für so wichtig, daß sie nachts nicht schlafen.

Unsere Wirtschaftsgewaltigen muß endlich plausibel gemacht werden, daß die deutsche Wirtschaft nicht mehr von selbst läuft, wie vor dem Kriege. Wenn es niemand tut, muß es die Arbeiterschaft tun. Es geht nicht an, daß man sein eigenes Unvermögen oder seinen bösen Willen in Form von Feierschichten durch Anschlag auf dem schwarzen Bretts dekretiert. Wie schrieb doch der Gewerkschaftsführer und Abgeordnete Anton Erkelenz in seinem Briefe an Koch-Weiser an einer Stelle:

„Fast alle neuen Lasten wurden auf die Nichts- oder Wenigbeitragenden abgelegt, und der Abbau der Sozialpolitik und der Löhne mit einem Eifer betrieben, der sich nur aus dem Gefühle befriedigter Rache erklärt.“

Solche Rachegeister scheinen auch in den Verwaltungen der staatlichen Zechen zu sitzen. Diese Zechen schlagen seit 1921—24 in punkto Feierschichten und Entlassungen — und Schikanen den Rekord. Man könnte ja schließlich an eine Wirtschaftskrise oder auch meinetwegen an ein elementares Ereignis glauben, wenn der Präsident und seine beamteten Unterorgane sich auch diesen elementaren Ereignissen beugen wollten in Form von Feierschichten und Gehaltskürzungen. Aber davon schweigt der Sängers Höflichkeit, ebenso der preußische Handelsminister und der deutsche Wirtschaftsminister.

Ob es so bleibt? Wie lange der Kumpel noch so geduldet ist und alles sich ergehen läßt? Wie lange er noch Arbeitslosenbeiträge zahlt für seine erwerbslosen Kameraden und die Feierschichten geduldet erträgt? Nun ja, schließlich bis er selbst arbeitslos ist und dauernd Feierschichten hat. Dann werden ihm die Augen aufgehen! Bergmann, werde wach, es ist fünf Minuten vor Zwölf.

Bergmann K.

Das bayerische Diktat zur Erhöhung der Fleischpreise.

Die Diktatur der Regierung Brüning nahahmend, hat die bayerische Regierung Held eine Notverordnung diktatorisch erlassen, wonach die Schlachtsteuer erhoben wird. Diese soll das Pfund Fleisch 2½ Pfennige verteuern. In Wirklichkeit wird sie aber den Fleischpreis weiter aufdrücken und darüber hinaus verteuern.

Es geht uns um zwei grundsätzliche Betrachtungen:

1. Wenn man derart mit Art. 48 der Reichsverfassung umspringt, was soll da die Demokratie und der Parlamentarismus noch bedeuten. Die Regierungen machen ja, was sie wollen. Zu was wählt also das Volk? Stegerwald hat bereits erklärt, daß die Regierung Brüning auch nach der Reichstagswahl den bisherigen Kurs weiter behalten wolle. Mag also das Volk wählen wie es will, die Macht oben fragt nicht darnach. Die Wirtschafts- und Finanzmächte üben durch die Regierungen ihre Gewalt aus über das schaffende Volk. Das Spiel wurde fein eingefädelt. Brüning ging zu Hindenburg, um ihm zu erklären, daß das Zentrum keine Abstriche am Wehretat mache. Man wollte Hindenburg hinter sich bringen und bei ihm zuverlässigen Frontgeist beweisen. Denn man brauchte Hindenburg für diese Diktatur! Darum auch erklärte Stegerwald seinen Arbeitern, denen er an der Arbeitslosenversicherung kürzen mußte und an den Mitteln der Kriegssopfer: „Am Wehretat darf nicht gerüttelt werden!“ Darum hat Brüning seinen persönlichen Freund Treviranus ins Kabinett berufen, weil Treviranus der Freund Hindenburgs ist und bei diesem etwas „gilt“. Man mußte Hindenburg für die Diktatur haben und zwar für eine Zentrumsdiktatur à la Scipio, Österreich. Wenn man aber doch mal Diktatur will, dann soll man sich nicht beschweren über Diktaturpläne der Hitlerpartei und der Kommunisten! Es

fragt sich dann nur: Wer macht diese Diktatur? Der Kapitalismus oder das schaffende, ausgebeutete Volk? —

2. Man macht die Diktatur mit der weiteren Belastung der unteren konsumierenden Volksmassen. Man macht keine Diktatur gegen die hohen Pensionen und Riegegehälter. Man benutzt keine Diktatur, um mit den Sinekuren der Staatskrippenpolitik radikal aufzuräumen. Man macht keine Diktatur, um die Subventionspolitik in Milliardenangeboten an Schwerindustrie und Großagrarien abzutun. Man macht keine Diktatur gegen die Monopol-, Preistreiber-, Arbeiterentlassungspolitik der kapitalistischen Kartelle und Trusts. Man macht keine Diktatur gegen die Ausräuberung des Volkes durch das Bank-, Aktien-, Brauerkapital! Seit 1919 hat man alle neuen Lasten und neuen Steuern auf die breiten Massen abgewälzt! Wo hat man ein einziges Mal das Kapital und die obere Schicht belastet? Uns ist in der gesamten Wirtschafts-, Sozial-, Finanzpolitik auch keine einzige Tatsache bekannt hievon! Die Konsumenten haben sich verdreifacht! Die Steuern auf die unteren Massen vervielfacht die Steuern auf die Besitzenden nur verdoppelt!

Man kann dieses Diktaturspiel für den großen Geldsack noch eine Zeitlang weiter treiben, aber einmal springt der Bogen. Einmal platzt diese Eierbeule! Die Erkenntnis im Volke wird immer klarer und eindeutiger! Und wenn man bei dieser Entwicklung keinen Kulturbolschewismus will, sondern Neuschöpfung auf Grund dieser eindeutigen Volkes front der Ausgebeuteten und Schaffenden, dann muß man die Orientierung der Christlich-Sozialen Reichspartei als letzte politische Grundentscheidung christlich-sozialer Politik und Zukunft wollen!

Der Totentanz.

Bei dem Artikel in letzter Nummer, den ein Prolet schrieb, hätte die Zitierung des Lersch'schen Zitates unterbleiben sollen. Wir wissen wohl, was der Prolet damit sagen will und meint, dem es darauf ankam, den ganzen Rummel der Rheinlandfeiern, des Festelebens, des Tanzes um 'as goldene Kalb zu geltehn. Wir wissen auch um das was Lersch im tiefsten Grund meint. Wie diese ganze heutige Welt, verflochten mit dem Kapitalismus und Geldsack, von oben bis unten, selbst die Proletariat nicht ausgenommen, diesen Tanz ums goldene Kalb tanzt, wie selbst in der Organisation der Kirche der Teufel Geldsack seinen Tanz aufführt, aber unser einfaches Volk sieht dem Hintergründe und Zusammenhänge noch nicht klar genug, kann auch bei der Organisation der Kirche nicht oder noch nicht genügend unterscheiden zwischen dem Weltlichen, Allweltlichen und Allgöttlichen dort, und dem Wesen von Kirche, Religion und Christentum! Wir wollen daran arbeiten, daß diese klaren Unterscheidungen immer tiefer im Volke werden, die Erkenntnisse reifen, daß man um der Religion willen solche Sachen sagen kann und sagen muß! D. R.

Verfäume nicht!

Deinen gefaßten Vorsatz zur praktischen Mitarbeit sofort auszuführen. Send uns einen Kampfbriefbeitrag. Werde für den nächsten Monat einen neuen Leser, indem Du ein Probeabonnement bezahlst. Gib Dein gelesenes Blatt weiter. Bestells und verbreite Werbeseitungen. Praktische Kleinarbeit bedeutet Aufbau unserer Sache.

Büdo Luxus für den Schul

und gebärdete sich wie ein Irrsinniger vor Freude, weil das Wasser nicht über die Erde fließen konnte, sich sammelte und sich Räder drehten, auf die das überfließende Wasser fiel; was sich jedes Kind denken kann, wenn es unter einem Wasserfall badet: Diese Bewegung benutzte Karl dazu, von dem Brotgetreide, das er überall zusammenholte, etwas abkratzen zu lassen. Das Schlechte, was übrig blieb, bekamen die Menschen, Karl sorgte dafür, daß die Menschen nur dies Schlechte kaufen können und mehr Geld dafür geben müssen, als für das Korn. Um das zu erreichen, fährt er mit dem Wagen hin und her. Er will aber, daß die armen Menschen von dem verschlechterten krank und schwach werden, denn er hat Papieren, die bezeugen, daß er reich wird, wenn die Menschen ein Kräftigungsmittel kaufen, das sein Bruder mischen läßt. Ein anderer Bruder von ihm ist Wundermann und bekommt von den Armen Geld dafür, daß sie ihm vorklagen dürfen, wie schwach sie sind und daß er ihnen auf ein Stück Papier aufschreibt, wie das Kräftigungsmittel heißt, das sie kaufen sollen. Außerdem kaufen die Menschen täglich ein Papier, in dem Karl schreiben läßt, daß das Kräftigungsmittel sei. Ich frage, was denn in dem Mittel enthalten sei? Darauf sagte mir Karl, das dürfe niemand wissen. Da sehe ich nun also Folgendes: Karl und seine Brüder fahren mit Wagen so viel umher, um dafür zu sorgen, daß die Menschen arm und dumm bleiben und freiwillig ihre Sklaven werden. Sie sorgen dafür, daß die Sklaven ohne Geld nicht leben können, daß sie aber von dem Gelde nie zuviel bekommen und sie aufhören zu arbeiten und von dem Gelde das zu kaufen, was sie in Armut und Krankheit läßt und nicht reich macht. Die Kinder dieser Sklaven lernen lesen. Das aber ist ihr Unglück: denn Karl sorgt dafür, daß sie nur lesen, was dazu dient, ihn reicher, sie ärmer zu machen. Wenn sie nicht lesen können, würden sie den Namen des Kräftigungsmittels und das, was Karl darüber schreiben läßt, nicht kennen, sondern beobachten was jeder Hut weiß, daß der, der geröstetes Korn ißt, gesund bleibt. Weil aber das Volk so ist, daß es nicht mehr beobachtet, sondern liest und weil es den Unterschied zwischen wenigen Reichen und vielen Armen als etwas Großes und Bewundernswertes ansieht, nennt es sich ein Kulturvolk. Wie aber, fragst Du, wenn Karl und seine Brüder immer reicher werden, was geschieht mit dem Gelde? Dann bauen sie unnütze Häuser und beschäftigen die Sklaven damit. Oder sie stiften Geld, damit die Kranken, die Krüppel, die Bettler und die Verrückten ihnen nicht begegnen, sondern in schöne Häuser eingesperrt werden. . . . Wenn aber doch mit der Zeit zu viele Sklaven sich aus der Armut und dem Hunger erheben sollten, was sich nicht ganz vermeiden läßt, so sorgen sie dafür, daß große Zerstörungswerkzeuge alles, was gebaut wurde, vernichten und eine Not über das Land bringen. Auch dabei werden die Wenigen reicher, die Vielen ärmer. Die größte Freude der Wasungu aber ist das Zählen. Du hast es ja schon erlebt. Sie sind wirklich der Meinung, daß zehn Hütten zehn Hütten seien und können sich nicht vorstellen, daß wir in Kitara es für unmöglich halten, zu zählen, wieviel

Minister a. D. Oswald gegen die Korruption in der Bayer. Volkspartei

Sozialminister Oswald war der Vertreter der christlichen Arbeiterschaft in der Bayer. Volkspartei. Gegen sein Ministerium haben die Gewaltigen der BVP. solange Sturm gelaufen, bis es gestrichen wurde und Oswald zum Staatssekretär zurückversetzt. Als solcher mußte er plötzlich seinen Rücktritt erklären. Der Öffentlichkeit sagte man, seine unglücklichen Familienverhältnisse haben das erfordert.

Nun gibt der Sohn Oswalds eine Wochenschrift heraus, in welcher eine Darlegung dieser Geschichte enthalten ist. Es ist offensichtlich, daß der Artikel mit Wissen und Willen Oswalds geschrieben wurde, wenn er nicht selber der Verfasser ist. In diesem Artikel wird hinter die Kulissen der BVP-Politik geleuchtet und was dort zum Vorschein kommt, ist nicht schön. Da wird leitenden Persönlichkeiten, wie Dr. Held, Domprobst Wohlmut, Monsignore Waltherbach, dem Leiter der kath. Arbeitervereine, schon allerlei gesagt! Es wird sogar Bruch des gegebenen Ehrenwortes vorgeworfen und dokumentiert. Held und Wohlmut hätten Oswald das Ehrenwort gegeben, daß das Ministerium nicht angehaßt würde, aber das Gegenteil getan. Ihn selber habe Waltherbach etc. zum Rücktritt gepfeift. Gegenüber den Behauptungen der BVP, daß sie auch die Interessen der kath. Arbeiterschaft vertrete, erklärt der Artikel, daß man wohl nach der Revolution den Arbeitern eine etwas stärkere Vertretung gewährt habe, daß diese Vertretung aber auf Grund des Bestrebens der Führer der Bayerischen Volkspartei jetzt nur noch 5 gegenüber 12 im Jahre 1920 ausmache. Und diese fünf Vertreter seien ohne Funktion, hätten also den Mund zu halten. Es wird erklärt, daß gewisse Personen absolut an gewisse Posten kommen wollten, daß man das Manöver betrieb, bei der Bürgermeistwahl in Augsburg den Reichstagsabgeordneten Emminger (siehe Aufwertung!) oder Schwarzer zum Bürgermeister zu machen, damit das Reichstagsmandat für einen anderen Herrn frei würde. Und es wird darauf hingewiesen, daß er, Oswald, zurücktreten mußte, weil ein anderer Herr F. (soll das Funke sein?) eintreten wollte! Die Veröffentlichungen Oswalds, die wohl nie erfolgt wären, wenn Oswald noch Staatssekretär wäre, zeigen unserem Volke der Arbeiter und Bauern nur, wie die Führer von heute Politik machen. Und wenn das Volk diese Hintergründe kennt, wenn derart, wie es in diesem Artikel Oswalds geschieht, die Kulissen geöffnet und die Masken heruntergerissen werden, ist das gut zur Erkenntnis dieses Volkes, was es bedeutet, wenn diese Führer der BVP. in den Wahlkämpfen vor das Volk treten und sagen: „Die Religion ist in Gefahr.“ Es weiß dann, daß nicht die Religion in Gefahr ist, sondern die Posten dieser Herrschaften! Man lasse sich selbst die Nummer der Wochenschrift Oswalds kommen: „Die soziale Wacht“ Nr. 1, vom „Wirtschaftsbureau München“ und urteile selber!

Etwas ehrlicher!

Chefredakteur Leier schreibt im „Fränk. Volksblatt“ einen Artikel über das Wahlbündnis der CSRP. mit der Volksrechtspartei. Die Grundausführungen des Artikels beruhen auf bewußten oder unbewußten Unwahrheiten! Wir meinen, daß Herr Geistl. Rat Leier die Dinge kennen muß, um vor solchen sachlichen Unwahrheiten bewahrt zu bleiben. Er schreibt, die CSRP. wolle das Gegenteil von dem, was die VRP. wolle und die CSRP. habe das Thema der Aufwertung und Inflation nur und erst zu der Zeit und zu dem Zweck im N.V. behandelt um dieses Bündnis schmackhaft zu machen. Wir nehmen an, daß

Herr Geistl. Rat Leier das „Neue Volk“ länger liest, als seit der Zeit, wo die ersten Gedanken dieses Bündnisses aufgetaucht sind. Wir nehmen an, daß er auch das Programm der CSRP. kennt, wo ausdrücklich schon vor Jahren die Wiedergutmachung des grauenhaften Unrechts der Beraubung der Sparer gefördert wird.

Die Beraubung der Sparer, das himmelschreiende Unrecht der Inflation hat die CSRP. und das N.V. bereits während der Inflation selber, dann bei der Aufwertung und seitdem fast in jeder Nummer gegeldelt! Man lese nur die Artikel von Wimmer, die vor Jahren schon erschienen! Man lese auch die Darlegung vor Jahren im N.V., wo wir auf Grund des Buches von Rechtsanwalt Ollshelm-Mannheim nachwiesen, wie man die Inflation bewußt gemacht hat! Man erinnere sich der Versammlung von Paul Böhmer im Platzchen Garten vor Jahren, wo Böhmer die Tatsache brachte, daß man mit der Stabilisierung solange wartete, bis die Schwerindustrie unter Führung Stinnes die letzten 75 Millionen Schulden mit ein paar Papierfetzen abbezahlt hatte! Man lese das theoretische Kauderwelsch, das dazu Leier gibt. Wir seien „gegen das Kapital“, die VRP. „dafür“. Wir wollten den Leuten das „Eigentum nehmen“, die VRP. „wollte es wieder.“ Das ist ein solches Blech, daß man auch in Wahlzeiten doch darauf bei denkenden Menschen verzichten sollte. Wir glauben, daß Leier weiß, was wir wollen. Daß wir keine Verstaatlichung des Grund und Bodens, keine Verstaatlichung der Fabriken wollen, sondern etwas ganz anderes! Unser neuestes Flugblatt, „Volk erwache“ legt es ganz klar dar! Unsere letzten grundsätzlichen Artikel besagen es noch klarer: Wir wollen nicht, daß allen das Eigentum genommen wird, sondern daß jeder sein Eigentum erhält, das ihm aus seiner ehrlichen Arbeit zukommt. Wir wollen Kapital, aber nicht das Kapital in den Händen der Hochfinanz, einer dünnen Besitzschicht, nicht das Kapital der Ausbeutung und Entrechtung, sondern das Kapital in den Händen des schaffenden Volkes. Wir wollen nicht, daß jedem sein Häuschen, sein Stückchen Land etc. genommen werde, und es keinen Sonderbesitz gebe, kein persönliches Sondervermögen, sondern wir wollen den Raub des kollektiven kapitalistischen Nichtigentums zurückführen in Macht, Besitz und Produktionseinstellung für das ganze, das schaffende Volk! Damit müssen wir ebenso wie wir gegen die Beraubung der Arbeiter und Bauern und Mittelständler durch den Kapitalismus kämpfen, kämpfen gegen die Entrechtung und Beraubung und Bestohlung der Inflationsschädigten! Wenn Leier meint, die Inflation habe sein müssen, so dauert er uns, entweder, weil er jene Dinge so naiv betrachtet, oder weil er sich bemüßigt fühlt, aus Parteipolitik heraus Dinge zu beschönigen, die vom Standpunkte christlicher Moral und Gerechtigkeit aus tief verdammt werden müssen! Es ist ganz klar: Genau so, noch viel besser, wie man 1924 die Stabilisierung der Mark machte, hätte man sie 1919 machen können. Und genau so, nein viel besser, wie man dieses Aufwertungsgesetz machte, daß man das Volk mit 14,25% aufwertete, die Aktiengesellschaften mit 1400%, hätte man die individuelle Aufwertung auf Grund der Möglichkeit der vorhandenen Substanz machen können! Aber Leier, wie die ganze Zentrums- und Presse der BVP. können es nicht haben und finden kein Wort zu der Tatsache, daß Zentrum und BVP. trotz Warnung der deutschen Bischöfe, trotz Schreiben des Kardinals Bertram an Marx, die Ermächtigung zur 3. Steuererhöhung gaben, daß Marx und Emdinger diese unterzeichneten und damit den Raub, es war gemeiner Raub! an Millionen deutscher Volksgenossen bis zum letzten armen Dienstmädchen herab gesetzlich vollzogen haben und daß ihre Leute für diese Aufwertung gestimmt haben. An dieser Tatsache ist sachlich die Entscheidung zu messen und zu dieser Tatsache soll Herr Geistl. Rat Leier vom Standpunkte der Gerechtigkeit und der christlichen Moral aus Stellung nehmen. Er soll uns

die Frage beantworten: Ist es nach christlicher Moral und nach dem Gottesgesetz erlaubt, den Millionen ihre sauer verdienten Spargroschen durch ein solches Gesetz zu rauben, das 7. Gebot zu verletzen bei den Ärmsten und die Verschlebung der Millionen nach oben gesetzlich möglich zu machen? Man gehe nicht, wie die Katze um den heißen Brei herum, sondern nenne das Kind beim Namen und bleibe hier beim Grundsätzlichen, bei dem, um was es geht und bei der Wahrheit!

Die neue Partei.

Von Carl Mertens.

„Hinzu kommt noch, daß der Name „Staatspartei“ stets der Titel einer gerichtlich eingetragenen politischen Firma ist, deren Inhaber gegen den Mißbrauch des Namens durch Koch und Mahrau einen vorläufigen Gerichtsbeschluß zu erwirken sucht.“

„Nationalliberale Korrespondenz“ am 29. Juli 1930.

I.

Die Gründung einer „deutschen Staatspartei“ hat im Deutschen Reiche und im Auslande wie ein coup de foudre eingeschlagen, um sich wenige Stunden später als kläglicher coup de théâtre zu entpuppen, über den man bald kaum mehr sprechen wird. Soviel steht heute schon fest: die neue Partei geht entweder in neuen bürgerlichen Parteikoalitionen auf, oder sie erlebt ein grandioses Fiasko, wobei einige Herren, denen man einmal eine glänzende Zukunft vorausgesagt hat, wohl auf der Strecke liegen bleiben dürften. So belanglos diese Parteigründung an sich auch ist, denn sie fällt aus dem Rahmen üblicher Parteibildungen nur in Außerlichkeiten heraus, so lehrreich ist sie in bezug auf die deutsche Situation. „Angesichts der völligen Desorientierung unserer Zeit und ihrer führenden Persönlichkeiten muß man selbst bei aktuellen und begrenzten Dingen immer wieder auf das Prinzipielle zurückgreifen.“ („Die Etappe Brüning“ in „Die Tat“, XXII. Jahrg., 3. Heft.) Diese Notwendigkeit besteht bei Betrachtungen zur „deutschen Staatspartei“ in erhöhtem Maße.

Es ist nicht notwendig, bei einem Püschgange durch Deutschland besonders behutsam aufzutreten, um jene Wechselstellen zu finden, an denen licherliche nationale Kraftmehere aus der Welt des Scheines als weinerliche verzweifelte Klagerie in die Welt des Seins tritt. Deutschland, in allen seinen sozialen Schichten, in seinen wirtschaftlichen und politischen Gruppen, in seinen jungbündischen Verbänden und seinen Altherrenzirkeln, wartet auf den „Retter“ und ruft nach ihm. Es ist heute schon nicht mehr selten, daß man sogar ausländischen Hymnen auf die deutsche Nachkriegsleistung, wie sie vor allen Dingen gelegentlich in der amerikanischen Presse auftauchen, in den deutschen Zeitungen einen Dämpfer aufsetzt. Nur wer weiß, wie sehr der Neudeutsche an ihm Ruhm und Ehre einbringenden Außerlichkeiten hängt, wie krampfhaft er den Schein wahr, kann ermessen, welch grenzenlose Not aus solchen Zurückweisungen einst lichernd quittierter Lobsprieche spricht. Zum ersten Male hat Hugenberg diese große deutsche Not offen in einem Briefe zugegeben und vor einem blinden Vertrauen in Deutschland gewarnt. Er ist dafür gesteigert worden. Das Kabinett Brüning ist dann „die erste Regierung in Deutschland gewesen, die aus der Tatsache des krisenhaften Ablaufes ihre Existenz und die Berechtigung, gegebenenfalls zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen, hergeleitet hat“ („Die Etappe Brüning“ in „Die Tat“). Es ist dafür vom Reichstage desavouiert worden.

Hütten dastehen oder wieviel Körbe Matzma*) geerntet werden. Ich erinnere Dich an das Gepäck, das Du mit dem Sungu hattest, der Dich beschied. Der Sungu schrieb in sein Buch und sagte: „Hier stehen also zehn Hütten.“ Du sagtest ganz erschrocken: „Zehn? Nein, Herr, einige; vielleicht viele.“ Da ging der Sungu hinaus und zeigte mit dem Finger auf jede Hütte und sagte laut: „Eins, zwei, drei . . .“ Als dies die Umstehenden hörten, packte sie ein Entsetzen, sie liefen davon und jammerten und oßerten in ihren Hütten. Das brachte den Narren zum Glück davon ab, zu Ende zu zählen. Erschrocken sagte er zu Dir: „Sind es denn nicht zehn?“ Du erblicktest, bestet ihn, auf dem Schemel niedersitzend, der aus einem Stück Holz geschnitten war, und sagtest: „Herr, eine Hütte ist zum Wohnen da; weiß man von außen, ob sie leer steht? Oder, wenn Menschen darinnen wohnen, ob mit ihnen das Glück dort wohnt? Auch ist es eigentlich keine Hütte; denn die Wäbner haben Stangen aus dem Kabegewald geholt und trockenem Gras von den Bergen, wo keine Rinder weiden, und das nennst Du, wenn es dort steht, eine Hütte. Aber es kann abbrechen, und dann ist es nicht mehr da oder der Bewohner wird auf dem Berge beim Hüter der Rinder verwundet und kann nicht heim, dann ist es für ihn keine Hütte. Deshalb ist es ein Irrtum, wenn Du die Hütten zählst und die Strafe Kiangombes bleibt nicht aus, so Du es tust.“ Da sagte der Sungu, indem er hochmütig lächelte: „Ihr seid eben ungebildet und abergläubisch; ich werde euch mal Missionare schicken, die euch den rechten Glauben und das Zählen beibringen, damit ihr ein nützliches Kulturvolk werdet und euch am Weltmarkt beteiligt; paßt mal auf, hier wird es bald anders aussehen; die nackten Menschen werden Kleider kaufen können, jeder kriegt sein Haus aus Zement und eine Hausnummer daran und das ganze eine Kirche und ein Gefängnis. Die Unkosten dafür werdet ihr aufbringen oder ihr werdet eingesperrt. Dann kommt Ordnung und Kultur in diese Gegend und der Unsinn wird euch aus den Köpfen getrieben, wenn nötig mit Gewalt.“ So sagte er; nicht alle aber verstanden ihn.

Wie irrsinnig aber das Zählen ist und daß es die Strafe der Gotttheit nach sich zieht, das haben die Wasungu jetzt erfahren. Sie zählen die Schiffe, die auf dem Meere fahren, die Menschen, die geboren wurden, die Kleider, die gesponnen wurden, das Korn, das geerntet wurde und wieviel mit Schiffen und Wagen hin und her gefahren wurde, deshalb kam ein Krieg und nahm ihnen alle Schiffe, öfter die Menschen, verhielt, daß Kleider gemacht wurden und verminderte das Getreide. Du glaubst nun, das bringe sie zur Besinnung? Nein! Was machen sie? Sie zählen und schreiben auf, wieviel Schiffe untergehen, wie lange der Krieg dauert, wieviel Menschen getötet, wieviel vor Angst irrsinnig wurden, wieviel verwundet wurden, wieviel von diesen wiederum an den einen, wieviel an den anderen Gott glaubten. Sie tragen das in schöne

Bücher ein und die, die das anordnen, werden, wenn es fertig ist, „Herr Geheimer Ober“ genannt, man macht Bilder von ihnen und sagt, sie seien berühmt. Es gibt also für die Wasungu kein eigentliches Unglück; denn auch das Unglück und den Tod verstehen sie zu zählen und dann sind sie glücklich.

Die Freude des Zählens ist es auch, das sie hindert, dafür zu sorgen daß das Unglück im armen Volke abnehme. Sie wissen, daß die Rauschgetränke dem Menschen schädlich sind, es macht ihnen aber Freude, alle Jahre zählen zu können, wieviel Menschen im Rausche erschlagen wurden, wieviel Kinder von berauschten Eltern ohne Verstand geboren werden, wieviele Verbrechen der Pompeitrank bringt, wieviele der verschiedenen Getränke nötig waren, um eine gewisse Menge Totschlag, Verarmung und Bosheit hervorzubringen und wieviele Menschen deshalb in Gefängnisse eingesperrt werden. Es geschieht, daß sie in großen Gefühlen zusammenkommen und darüber sprechen, als sei es ein Fest und alle freuen sich über diese schönen Bücher mit den Zahlen von Mord, Totschlag, Hurerei und Krankheit. Zum Schluß feiern sie den „Geheimen Ober“ und loben sich gegenseitig. Dann gehen sie hin und großen selbst Rauschgetränke in ihren Hals und sprechen von der Menge, Farbe, Wärme des Getränkes und wieviel man hineintun kann.

Besonders witzig kommen sich die Wasungu vor, wenn sie zählen können, wie schnell die Menschen sterben, wenn man ihnen die Nahrung verschlechtert, viele in eine Hütte einsperrt oder sie zwingt, ununterbrochen dieselbe Sache zu machen. So zeigte mir Karl in einem schönen Buche an Zahlen, daß den gelehrten Wasungu ein großer Spaß gelungen sei. Vor 50 Jahren hatten alle Wasungu noch im Alter sehr schöne Zähne. Das sah ich selbst, als der Schidel eines alten Mannes aus einem Grabe genommen wurde, das weg mußte, weil ein Weg nicht so gerade war, wie er bei den Wasungu sein muß. Früher also standen, ebenso wie heute, Röhren mit süßem Saft auf den Feldern und die Menschen kochten diesen Saft ein. Dann sah er braun aus und floß langsam wie Honig. Da bemerkten sich die Leute vom Schäge Karls, diesen Saft durch Maschinen, die nur sie haben durften, zu verändern. Sie machten weiße, feste Körner daraus, die wie Quarz sand aussahen. Nun wurde ein großer Lärm gemacht, daß das gelungen sei, mehrere Karls durften sich „Herr Ober“ nennen und ein glänzendes Stück Messing über der Brustwarze befestigen, so daß die Menschen Glauben mußten, das, was erfunden sei, sei was sehr viel Besseres und mache sie glücklicher, wenn sie es kauften. So gelang es den Karls, dem Volk abzuwehnen, das zu essen, was kostenlos auf den Feldern wächst und sie zu veranlassen, die Röhren an ein großes Haus abzuliefern, wo Feuer, Dampf, Rauch, verschiedener Radau und Gestank gemacht wurde, wo sich Räder drehten und angeschrieben stand „Eintritt verboten“. Diese ganze Sache wurde abends schön beleuchtet, und in einem kleineren Raum wurde viel Papier beschrieben. Mehrere

Karle wurden sehr dick, trugen schöne Kleider und hatten immer große Rauchrollen im Munde, viele andere Menschen wurden blaß und sahen dreckig aus. Die weißen Körner aber wurden sehr teuer verkauft. Jetzt wurden neue Zahlenkarle angestellt, die aufschreiben mußten, wie das dumme Volk jümmertlich mehr weiße Körner aß, wieviel Zähne deshalb verfaulten, wieviele Zahnzieher beschäftigt wurden und wieviel schneller die Menschen jetzt starben. Wenn jetzt einige Menschen sagten: wir wollen die weißen Körner nicht mehr herstellen, sondern wieder Rübensaft essen lassen, dann sagten die Zahnflicker: „Wozu sind wir denn da; wir müssen doch zu tun haben.“ Und sie zeigten, wie groß ihr Geschick war, Zähne mit Gold zu füllen und ganze Gebisse aus Gold und Stein zu machen. Und die Karle, die die weißen Körner machen lassen und dadurch reicher werden, ließen schreiben, das weiße Zeug wäre gesund; denn nach Versuchen eines Geheimen Oberklugen, mit mehreren Metallstücken über den Brustwarzen, ging es im Bauche des Menschen sofort ins Blut. Das glauben denn alle die Wasungu, die nicht Ober heißen, nichts Geheimen haben dürfen und keine Metallstücke auf der Brust tragen. Wie mit den süßen Rüben machen sie's nun auch mit dem Korn. Sie machen ein ganz staubiges, weiches Mehl daraus und geben die Lebensstoffe, die abgekratzt werden, den Tieren. Dadurch erreichen sie es, daß die Menschen schwach und krank werden und zum Wundermann gehen. Der schreibt auf, wieviele kommen, wieviele an der, wieviele an jener Krankheit leiden und schickt die Zahl einem Zahlenkarl, der sich darüber freut und alle zusammenzählt. Damit sie mehr zu zählen haben, üben sie auch noch folgenden Aberglauben: Die Wunderpriester nehmen blutigen Eiter vom Bauch kranker Kälber, die getötet werden, schneiden den kleinen Kindern mit einem geheiligten Messer Scholze in das Fleisch und schmierern von dem Eiter hinein. Es ist das ein Gottesgericht. Sie zählen dann, wieviele Kinder davon krank werden und wieviele sterben. Dies Gottesgericht üben die Priester als ihr heiligstes Recht auch an jedem Fremdling, und ich selbst bin ihm nur wie durch ein Wunder entgangen.

Die Wasungu sind für ihren Zahlenwahnsinn schwer bestraft worden. Er ist eine gewaltige Not gekommen und hat alles geändert. Sie sagen, Korn koste eine ganz bestimmte Anzahl Geldstücke. Ihr Frevel ging so weit, daß sie sich anmaßten, eine ganz bestimmte Menge für diese bestimmte Anzahl zu handeln. Da fuhr eine zornige Macht darzwischen und machte es, daß das Korn verschwand und das Geld verschiedenen Wert hatte. Da wurden selbst die Blüthe der Zahlenkarle vor Hunger kleiner — aber denke nicht, daß sie aufgehört hätten zu zählen. Dies ganze nennen sie eine Wissenschaft. Es ist also eine Wissenschaft vom Hin und Her unnützer Dinge, mit denen Narren das Volk verdümmen und in Not halten.

In Schmerz und Leid und Demut

Dein
Lukaaga.

*) Matzma — Negerhirse.

Diese große deutsche Vertrauenskrise, die das ganze öffentliche Leben ausfüllt und sich auf alle Institutionen erstreckt, hat sich schon in die Kinderstube der Republik eingeschlichen und an diese festgekoppelt. Als die Sozialdemokraten 1918 den Elan der deutschen Revolution durch das Aufgebot reaktionärer und militaristischer Verbände brachen, als sie mit den Vertretern der Schwerindustrie zu palawern begannen, als die der Republik feindlich gesinnten Parteien, insbesondere die Partei Stresemanns, durch ihre Mitarbeit an der Verfassung „das Schlimmste, die Zerschlagung Preußens, verhüteten“ und als alle Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialisten, sich in der Kriegsschuldfrage zu glühenden Verteidigern des Kaiserlichen Deutschlands aufwarfen, um in ihrer Mehrheit den Versailler Vertrag dann doch, allerdings erst nach einmütiger Testifikation ihrer nationalen Integrität, anzuerkennen, waren die Würfel über der deutschen Republik gefallen. Sie hat sich von dem Geiste und der Tradition Bismarcks nicht befreien können, nur die größten Anstrengungen gaben ihr damit bescheidene Hoffnung, aus dem wirbelnden Strudel, den der Untergang des Reiches Bismarcks riß, herauszukommen. An diesen Anstrengungen hat es gewiß nicht gefehlt, die gegenwärtige Situation in Deutschland zeigt, daß Deutschland eher immer tiefer in den Wirbel hinein, als den ruhigen Wassern entgegengetrieben wurde. Warum gibt man es heute noch nicht zu, daß der „Retter des Vaterlandes“ nicht hielt, was seine Wähler sich von ihm versprochen, daß er vielmehr zu der weiteren Verwirrung beigetragen hat, indem er einmal die alten bismarckischen und wilhelminischen Traditionen festigte und dann direkt und indirekt eine klare Scheidung der Geister hinderte? Ober die repräsentative Gestalt des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von Hindenburg zucken die Schatten der Enttäuschung eines ganzen Volkes, das schweigt, weil es das Alter ehrt. Bismarck hat 1893 einmal gesagt: „Es kann ja sein, daß Gott für Deutschland noch eine zweite Zeit des Verfalls und darauf eine neue Ruhmeszeit vorhat, auf einer neuen Basis der Republik.“ Die Deutschen, die „diesen Glauben unseren Kindern vererben wollen“ (Johannes Ziekursch, „Das Zeitalter Wilhelms II.“, Frankfurt 1930), sollten bald zu der Erkenntnis kommen, daß diese auf einer alten Basis errichtete Republik nicht lebensfähig ist. Viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren.

Das Wesen der deutschen Vertrauenskrise liegt darin, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit den Glauben an die Idee des Staates und an die Idee der Wirtschaft verloren hat. Durch die im Parlamente vertretenen Parteien haben sich Interessengruppen in einer Weise Geltung verschaffen können, daß der letzte Reichstag als „Interessentenhaufen“ aufgelöst werden mußte, ein Reichstag, „der wie die verkörperte Kompromittierung parlamentarischer Methoden gewirkt hat“ („Das Tagebuch“, XI. Jahrg., Heft 30). „Die Idee des Staates hat im November 1918 ihre dominierende Stellung verloren.“ Es war die Aufgabe der deutschen Republik, dem deutschen Volke einen neuen Staat und eine neue Staatsidee zu geben. Nachdem die Revolution das meiste beim Alten beließ, hatte sie ihren Sinn verloren. Die feige und vorzeitige Flucht des Kaisers hatte die Monarchie endgültig diskreditiert, die republikanische Staatsform war eine durch den Lauf der Ereignisse bedingte Verlegenheitslösung. Was Wunder, daß diese Neugeburt von Anbeginn unter den Beschwerden der Altersschwäche litt? Auf die Thronbesteigung des Parlamentarismus folgte die Krise des Parlamentarismus. Auf die Ausrufung der Demokratie folgte die Krise der Demokratie. Auf die Organisation der Armee folgte die Krise der Armee. Auf die Inangriffnahme einer neuen Sozialpolitik folgte die Krise der Sozialpolitik. Auf die Republikanisierung der Justiz folgte die Krise der Justiz. Und diese Krisen traten so unmittelbar und wuchtig in Erscheinung, daß man eine auch noch so kurze Zeitspanne zwischen dem einen und dem anderen beim besten Willen nicht erkennen kann. Und das Vertrauen zur Wirtschaft? „Wer hat die deutsche Finanzwirtschaft irre geführt? Wer hat mit ungeheurer Propaganda die Steuerscheu großgezüchtet? Wer hat also die Kleinrentner, die Kulturträger aus der Bildungsschicht, ihrer Vermögen beraubt? Weiter: Wer hat den sogenannten Nationalsozialismus (in Bayern) finanziert? Wer hat Deutschlands Einheit in Gefahr gebracht, um die Republik zu ruinieren?“ Diese bitteren erregten Fragen stellte der demokratische Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer Anton Erkelenz schon 1924 in „Die Hilfe“ (zitiert nach Fritz Wuesing, „Geschichte des deutschen Volkes“, Berlin 1928). Sie waren an die Adresse der deutschen Wirtschaftskapitäne gerichtet. Wie aber mußte man erst heute fragen, da die Kapitalflucht die unvorstellbare Summe von 12 Milliarden Mark erreichte, da die Arbeitslosigkeit in einer Weise zunimmt, daß man für Weihnachten die Erreichung der vierten Million prophezeit, da die Wirtschaft die Republik in politischen Einflüssen und durch geradezu erpreßte Subventionen rücksichtslos ausnützte, da fast alle Parteien zu böhrigen Kreaturen wirtschaftlicher Interessen herabgesunken sind, da die Plutokratie frecher denn je ihr feistes und höbisches Gesicht zeigt? Mit harten Schlägen verfolgt ein unbewendbares Schicksal das deutsche Volk und — vielleicht hat diese Verwirrung das eine Gute, daß sie einem unpolitischen und schwerfälligen Volke politisch denken lehrt? Daß sie ihm zu der Erkenntnis der letzten Ursachen dieser Verwirrung verhilft? Daß sie ihm den Gedanken eingibt, daß keine Gottesgeißel über Völker kommt, die sich nie mit Schuld beluden, und daß kein Volk keiner Schuld ohne lähne entrinnen kann??

Aus diesem Chaos kristallisierte sich die „Deutsche Staatspartei“, und ihr Programm zeigt deutlich, daß ihre Gründer wissen: das deutsche Volk braucht eine neue Staatsidee und eine neue Wirtschaftsform. Man muß ihm einen Glauben wiedergeben, den man ihm genommen hat. Man muß ihm einen Weg weisen, den aus düsterer Vergangenheit wenig Zukunftshoffen erhellt. Unter den C

neuen Partei saßen alte, gewiegte Parteigänger, die des Volkes Sehnen kannten und — an ihm zu profitieren gedachten....

Die aktiven Politiker Deutschlands sind sich unbeschadet ihrer parteiistischen Einstellung darüber einig, daß in Deutschland etwas geschehen muß, nur hat jeder von ihnen eine andere Meinung darüber, was zu geschehen hat. Auch darüber ist man sich im klaren, daß die gegenwärtigen Parteiformationen dem politischen Willen der Wähler nicht mehr entsprechen und daß man aus dem Parteihaufen zu einigen großen Parteiformationen auf der Linie Rechts-Mitte-Links kommen muß, nur wie man zu ihnen kommt und wie man dem Willen des Volkes gerecht werden kann, das wissen sie nicht. Unten setzt sich die Masse der Wähler in Bewegung, massiv und schwerfällig zwar, aber immerhin, sie bewegt sich. Oben sausen die Verhältnisse und Einrichtungen katastrophal chaotischen Abgründen entgegen. Den Parteien versackte die Planke, auf der sie standen, unter den Füßen weg, gleichzeitig sank ihnen das Steuer aus der Hand. Am stärksten zeigte sich diese Entwicklung in der Demokratischen Partei, der man schon vor Wochen einen unruhlichen Untergang vorausgesagt hat. Andererseits drängen junge, parteiistisch noch nicht kompromittierte Kräfte nach vorn. Scheidung und Entscheidung rücken näher. Die Alten werden nervös. Die Jungen werden nervös. Man handelt aus dem Stegreif und — man pappt in den neuen Brei soviel alte Schlacke, daß man kaum von Lösung, nie aber von Erlösung sprechen kann. Kein Mensch paßt mehr psychologisch günstige Momente ab. Kein Mensch wartet geduldig und tapfer, bis das Alte endgültig abgewirtschaftet, das Neue fällig ist. Man holst drauf los. Man frist sich in die Gegenwart hinein und verdirbt sich für alle Zukunft den Magen. Das gilt für die Gründung der „Deutschen Staatspartei“: in der Anlage gut, im Wurf versaut. Die neue Partei ist aus Panikstimmung geboren worden. Eine Front stand in bedrohlicher Nähe, Finger am Gewehrabzug, gespannt auf das Kommando, das mit einem Schlag Blitz und Donner lösen sollte. Dann knatterten die Gewehre einzeln los, die Projektile können, müssen aber nicht treffen, die moralische Wirkung ist futsch. Man hätte Zielwasser trinken sollen. Die Deutsche Staatspartei ist da, die deutsche Staatsidee hat wenig davon. Es geht aber nicht um Partei, sondern um Idee!

Zwei Gruppen haben sich in dieser neuen Partei gefunden. Die Führer der demokratischen Partei auf der einen, der jungdeutsche Orden auf der anderen Seite. Koch hat in seinem bekannten Parteiführerdünkel, ein versierter Konjunkturpolitiker, ohne die Partei behandelt. Mahraun hat sich vorher mit dem Hochkapitel seines Ordens und der Reichsleitung seiner Volksnationalen Vereinigung in Verbindung gesetzt. Damit war der „Jungdo“ im Vorteil. Mahraun konnte sagen: „Wir sind einig.“ Koch mußte sagen: „Ich hoffe, daß wir einig sind.“ In der entscheidenden Besprechung kapitulierte die demokratische Idee vor dem jungdeutschen Gedanken. Die Demokraten schwenkten — und die Mehrheit der führenden Glieder folgte Koch — nach rechts. Mahraun hat für die Nationalisten eine Schlacht gewonnen. „Sie sind immer mehr das Opfer nationalistischer und antisozialer Schlagworte geworden und haben ihre Mit Hilfe verweigert bei dem national so außerordentlichen wichtigen Hineinwachsen der deutschen Arbeitnehmerschaft in den neuen Staat und seine Aufgaben... Es ist unmöglich, sich in einer Partei (der demokratischen) zurechtzufinden, die nach Art der alten nationalliberalen Partei heute links, morgen rechts steht die aber immer dabei sein will.“ (Brief des ehemaligen demokratischen Reichstagsabgeordneten Erkelenz an Koch-Weser.) Nun, die Demokraten sind wieder dabei gewesen. Der Liberalismus hat abgewirtschaftet, die die Fahne des Propheten trugen, sind in das Lager des Gegners übergegangen. „Die Hühner im ländlichen Hof gackern freilich unsonst in ihrer Angst, wenn die Zeit gekommen ist, da der junge Aar aus dem Ei schlüpft.“ (Al. Carhill, Die Erbschaft des Liberalismus. Berlin 1926.) Die Demokraten haben sich auf das „Jungdeutsche Manifest“ vereidigen lassen. Die Jungdeutschen haben dafür über den militärischen Rock eine zivile Bluse gezogen und ihre einstige Parole des Wahlstreikes endgültig aufgegeben. Mit Hilfe des ihnen zur Verfügung stehenden demokratischen Parteiparates werden sie in den Reichstag kommen und die Interessen derjenigen vertreten, die sich einst durch die Demokraten vertreten ließen. Eine neue Partei — mehr nicht.

Aber was für eine! Da fehlt es an nichts. Die demokratischen Juden dürfen die arisch-betonen Jungdeutschen wählen, und der Jungdeutsche darf seine arische Exklusivität behalten. Jedes Mitglied der neuen Partei darf im Wehrband des Jungdeutschen ebenso marschieren wie im Reichsbanner. Die deutsche Jugend ist an die Front gerufen worden und — die Alten haben sich auf die Führersitze geschnallt. Wer die Demokratie der Demokraten will, soll die deutsche Staatspartei wählen, und wer glaubt, daß „das Jahrhundert der Demokratie in einem suchwürdigen Zustand elender Knechtschaft geendet hat“ (Das jungdeutsche Manifest, Berlin 1926), und das Parlament die „Schwatzbude“ nennt, auch er soll die Staatspartei wählen. Stresemann und Hindenburg sind in die Ehrenliste der Partei, ungefragt, eingetragen worden. Sie nennt sich ein „Erbe Stresemanns“ und die Partei Stresemanns quittiert: „Wir wenden uns aber dagegen, daß die demokratische Großstadtpresse den Namen

Das Kampf- und Werkblatt der jungen politischen Generation ist

„Die junge Tat“

Kampfblatt der christlich-sozialen Jugend
Erscheint monatlich. Preis 10 Pfennig die Einzelnummer.
Unterstützt den Kampf der Jugend. Bestellt sofort bei W. Dohr, Essen, Stoppenbergerstr. 58.

des verstorbenen volksparteilichen Führers Dr. Stresemann bereits als Ehrenmitglied in die Mitgliederlisten der neuen Partei einträgt. Es ist das eine Geschmacklosigkeit, über die wohl nicht gestritten werden kann.“ Wenn Stresemann noch lebte, „wie die demokratische Presse schreibt, dann hätten sich die Herren Mahraun und Koch eine solche Störung einer von ihm eingeleiteten staatsbürgerlichen Sammlung nicht erlauben dürfen.“ („Nationalliberale Korrespondenz“ am 29. Juli 1930.) Pech, daß nun auch der langjährige Freund und Mitarbeiter Stresemanns, der Konsul Bernhard, versichert, daß diese neue Partei niemals dem Geiste Stresemanns entspräche. Nun, ist's nicht Stresemann, dann ist es Mahraun. Und ist's nicht Hindenburg, dann ist es Koch. Man lese nur Geschwollenheiten, wie diese: „Kein Wunder, daß gerade diese finanziellen Potenzen verschunpft sind und sich „abwartend“ verhalten, was am besten die Nichtunterzeichnung der Deutschen Staatspartei durch den Bankier Melchior zeigt.“ (Kurt Pastenaci, Die Tat der Volksgemeinschaft, „Der Jungdeutsche“ am 30. Juli 1930.) Hätte Herr Melchior gleich „Ja und Amen“ gesagt, man rechnete mit ihm, diese finanzielle Potenz wäre schmunzelnd eingestrichen worden. Doch es werden sich schon andere finanzielle Potenzen finden.

Gewiß, der Aufruf der Partei ist schön, das Programm bestechend. Aber... Im Parteiwesen spielt das Programm eine nebensächliche Rolle. Das Programm ist nur ein Aushängeschild, das Wähler anlocken soll. Die wirklichen Handlungen werden durch die Parteiführung bestimmt. Diese Führung handelt erfahrungsgemäß auch gegen das Programm.“ Der „Vorwärts“ rückt diese Parteigründung in das rechte Licht, wenn er sagt, die plötzliche Umbenennung der Demokratischen Partei bedeute zweifellos eine Flucht vor der Verantwortung, die sie durch Unterstützung des Bürgerblocks übernommen hatte, kein noch so schönes Parteiprogramm könne über diese Tatsache hinwegtäuschen. Die Partei wird Wähler finden, daran ist bei dem Hunger des deutschen Volkes nach neuen Parolen nicht zu zweifeln. Sie wird in das Parlament mit 30, vielleicht 40 Abgeordneten einziehen und mit den Pultdeckeln klappern, die früher von Demokraten in lärmende Bewegung gesetzt wurden. Wo früher in gähnender Langeweile der Stern Zions in die Tischflächen geschnitzelt wurde, wird in Zukunft das Kreuz der Ordensritter hingekratzt werden. Doch was weiter?

Sehr schön ist das innenpolitische Programm, und die stärkere Betonung der sozialen Seite ist von Freund und Feind lobend anerkannt worden. Das konnte man alles schon aus den Publikationen des Jungdeutschen Ordens. Da nun aber einmal die innenpolitischen und sozialen Probleme schwierig und der Art sind, daß man, sie zu bewältigen, Tradition und Geist Bismarcks liquidieren müßte, woran die „neuen Herren“ keinen Gefallen haben, so wird man — was schon der Jungdeutsche immer tat — diese Fragen auf ein andermal verschieben und sich den außenpolitischen Aufgaben zuwenden. Da ist der Aufruf vielversprechend: „Eine starke Außenpolitik kann nur von einer innerlich geschlossenen Nation geführt werden. Sie hat die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes in der Welt zur Geltung zu bringen und die deutsche Mitwirkung weltpolitisch im Geiste des Friedens und der Freiheit der Nationen einzusetzen. Nachdem die Rheinlandbefreiung erreicht ist, steht die deutsche Außenpolitik vor neuen großen Aufgaben. Sie muß die Welt von der Unhaltbarkeit der Diktate von Versailles und St. Germain mit ihren verhängnisvollen Auswirkungen überzeugen. Die Kräftigung des Deutschtums im Auslande und der Schutz der deutschen Minderheiten ist eine deutsche Schicksalsfrage. Angesichts der unaufhörlichen Rüstungen unserer Nachbarn ist die Landesverteidigung ein Gebot der Selbsterhaltung.“ In die nüchterne Sprache der konkreten Politik übersetzt heißt das: Grenzrevision! Anschluß! Auslandsdeutschenpropaganda! Rüstung! Das Ausland hat diese Mahnung wohl verstanden. Der „Tempe“ schreibt: „Das beweist, daß alle deutschen Parteien einig sind, um die Revision der Friedensverträge zu erlangen und die Aufhebung der Einschränkungen der deutschen Souveränität im Rheinlande, das Recht der freien Rüstung und den Anschluß zu erzielen. Man darf sich in dieser Hinsicht keiner Täuschung hingeben. Der einzige Unterschied liegt darin, daß die reaktionären Antisemiten und Nationalisten dieses Ziel mit Gewalt erzwingen wollen, durch einen Revanchekrieg also, während die Republikaner und Demokraten hoffen, durch eine systematische Politik für die Vertragsrevision dasselbe Ziel zu erreichen. Diese Taktik ist nicht ungefährlicher — im großen und Ganzen gesehen — als die erste. Man kann nicht genügend Vorkehrungen gegen die möglichen Wirkungen einer solchen Politik treffen.“ Angesichts dieser Zielsetzungen der neuen Partei, die das deutsche Volk den bekannten „herrlichen Zeiten entgegenführen“ will, bleibt nur bedingungslose Absage: „Was uns von der Staatspartei trennt, ist unser klares und entschiedenes Bekenntnis zum Pazifismus, unser Bekenntnis zur Abrüstung, statt zur Aufrüstung, unser Bekenntnis zur Abkehr vom Rassen- und Klassenhaß und zu einer Politik, die ihre nationale Aufgabe im Überwinden des Nationalismus sieht. Wir wenden uns gegen die Politik der Bündnisse und setzen uns ein für die Politik internationaler Verständigung mit allen Staaten.“ („Dortm. Generalanz.“ am 29. Juli 1930.)

August Abel, der Erstunterzeichnete des Aufrufes, hat einmal einem Franzosen gesagt, „daß der Furor teutonius eines Tages gewiß durchbrechen und sich seine Rechte erkämpfen werde“. (August Abel, Gedanken zur Außenpolitik, „Der Staatsbürger“, Heft 12.) Dieser rechthaberische furor teutonius ist der Geist der neuen Partei, der es — hoffentlich — nicht gelingen wird, Deutschland in den Abgrund zu reißen, der auf ihrer Bahn dräuend gähnt.

Die deutsche Staatspartei ist kein Sprung nach vorn, kein Anfang nach oben, sie ist ein neuer Schritt dem Ende entgegen, das sich Deutschland bereitet hat. Wer sein Volk liebt, weise die Hausierer der Staatspartei von seiner Tür.

Anweisungen zur Wahl.

Die gemeinsame Liste der beiden verbundenen Parteien trägt die Bezeichnung: „Volkrechtspartei und Christlich-Soziale Reichspartei“. Sie hat die Nummer 11.

Die Wahlkreiseinschlüsse müssen bei den Wahlkreisleitern rechtzeitig, d. h. 17 Tage vor der Wahl, eingereicht sein. Sie müssen enthalten die Namen der Kandidaten, Beruf, Geburt, an der Spitze die Bezeichnung der Parteien wie oben, und zwar in allen 35 Wahlkreisen Deutschlands. Unterzeichnet müssen sie sein mit den Unterschriften von 20 Wahlberechtigten im Wahlkreis.

Da uns bei der letzten Wahl zwei Wahlkreise verloren gingen wegen Beanstandungen, machen wir unsere Freunde ganz besonders darauf aufmerksam, daß unter allen Umständen darauf geachtet wird, daß jeder Wahlberechtigter selber diese Unterschrift vollziehen muß. Es kann nicht der Mann für seine Frau unterschreiben. Und, um allen Eventualitäten vorzubeugen, machen wir den Vertrauensleuten, welche die Listen einsichten, zur Pflicht, nicht nur zwanzig, sondern 30 Unterschriften auf jeden Wahlvorschlag zu setzen! Der Vertrauensmann der Liste muß eigenhändig unterschreiben. Jeder, der unterschreibt, muß in die Wählerliste eingetragen sein. Von jedem Kandidaten ist eine Erklärung, gemeindebehördlich bestätigt, beizubringen, daß er mit der Aufstellung einverstanden ist, sein Geburtsdatum und seine Wahlberechtigung (mindestens 25 Jahre alt).

An die Landesverbände!

Die Landesverbände haben möglichst bald die Listen der jeweils aufgestellten Kandidaten der Reichszentrale zu melden. Diese wird von jedem Kandidaten einen Revers verlangen, daß sie bei einer Annahme eines Aufsichtspostens einer kapitalistischen Gesellschaft sofort ihr Mandat niederlegen und daß sie bereit sind, ihre Dilettanten durch die Partei einzuziehen, die jeweils dem einzelnen gewählten Abgeordneten das ihm natürlich notwendig Zustehende ersetzen wird.

Die Ortsgruppen melden ihren Bedarf an Plakaten, Flugblättern, Rednern jeweils den Landesvorsitzenden an. Anmeldungen an die Zentrale werden nur von solchen Gruppen berücksichtigt, die an keinen Landesverband angeschlossen sind. Die Landesverbände melden ihren Bedarf rechtzeitig bei der Zentrale an. Es wird zunächst ein gemeinsames Plakat und ein gemeinsames Flugblatt herauskommen.

Die Kandidaten in den Hauptwahlkreisen haben sich zur Propaganda als Redner zur Verfügung zu stellen.

Die Finanzierung der Flugblattverteilung etc. geschieht durch die Landesverbände. Die Reichszentrale greift nur ein, soweit die Landesverbände nicht in der Lage sind und es darüber hinaus ihre Mittel erlauben.

Sonderabmachungen mit verschiedenen Interessengruppen seitens einzelner Kandidaten oder Ortsgruppen oder auch Landesverbände sind für die Gesamtpartei unverbindlich, wenn sie ohne Zustimmung der Zentrale und der Gesamtpartei abgeschlossen wurden.

Der Wahlkampf muß sachlich entschieden und scharf, aber persönlich ehrlich und edel, in christlich-sozialer Gesinnung geführt werden. Auf die intensive Kleinarbeit von Dorf zu Dorf, Mensch zu Mensch ist größtes Gewicht zu legen!

Briefe, Anfragen an die Zentrale und Redaktion des „Neuen Volkes“ sind während der Wahlzeit, wie vor allem persönliche Briefe an Freund Heller, nur in wichtigen Angelegenheiten zu richten. Dagegen sind die Parteifreunde angehalten, alle Flugblätter, Zeitungsartikel der anderen Parteien, vor allem Artikel, die sich mit unserer Partei, dem Wahlkommen mit der Volkrechtspartei etc. befassen, an die Zentrale einzusenden!

Der Wahlkampf muß in geschlossener Einheitlichkeit und Zielklarheit nach den grundsätzlichen Anweisungen der Reichsleitung im ganzen Reich einheitlich und damit durchschlagend geführt werden. Grundsätzliche Entgleisungen von Rednern sind der Parteileitung zu melden.

Stangelfundene Wahlversammlungen werden während der Wahlzeit im „Neuen Volk“ nicht registriert!

Und nun, Freunde, an die Arbeit, das letzte, große Ziel im Auge! Sei sich jeder bewußt, daß er eine Aufgabe zu erfüllen hat für das schaffende Volk und seine Befreiung!

Die Reichsleitung: Heller.

Leiste Wahlarbeit!

Gib dein gelesenes Blatt weiter!
Werbe neue Leser!
Werde tätiger Mitkämpfer!

Der barmherzige Samariter.

Monat April	
Gesamtengang der Spargelder	RM. 3082.50
Gesamtengang der Spargelder	RM. 942.21
Gesamtengang an Darlehen	RM. 1830.—
Gesamtückgang an Darlehen	RM. 624.—
Denar Eingang	RM. 302.86
Denar Ausgang	RM. 302.86
Mitgliederbewegung.	
Stand am 1. März 1930	141 Mitglieder
Zugang im April	3 Mitglieder
Stand am 30. April 1930	144 Mitglieder

Monat Mai	
Gesamtengang von Spargelder	RM. 1586.50
Gesamtengang von Spargelder	RM. 1766.99
Gesamtengang von Darlehen	RM. 300.—
Gesamtückgang von Darlehen	RM. 219.15
Denar Eingang	RM. 108.73
Denar Ausgang	RM. 108.73
Mitgliederbewegung.	
Stand am 1. Mai 1930	144 Mitglieder
Zugang im Mai	4 Mitglieder
Abgang im Mai	1 Mitglied
Stand am 1. Juni 1930	147 Mitglieder

Aus der Bewegung.

Wahlkampfpfoper.

B. Saarlouis 1.85, K. R. Würzburg 2.—, Landesverband Heesen-Nassau 8.—, M. H. Kuppersteg 1.—, G. Coburg 5.—, Unbekannt 20.—, K. S. Würzburg 2.—, R. Stettin 2.—, J. München 1.—, Ortsgruppe Seelbach 10.—, Unbekannt 5.—, B. S. Bremen 10.—, K. Bergrothenfels 2.—, K. Würzburg 3.—, Unbekannt Würzburg 5.—, P. Seifhennersdorf 2.50, F. G. Regensburg 10.—, L. Spellen 5.60, H. Weibach 5.—, R. Sch. Rheinbach 5.—, K. R. Eitville 3.—, D. Würzburg — 50, Landesverband Sturgebiet 100.—, K. B. Stuttgart 2.—, B. E. Stuttgart 2.—, G. S. Leipzig 10.—, D. M. Leinstetten 5.—, Gesamtsumme RM. 228.45.

Freunde, die Sammlungen für den Wahlkampffond haben begonnen. Keiner darf zurückstehen. Der Opfermut unserer Freunde für ihre Sache beweist sich wieder. Dank allen Spendern! Sendet auf Postcheckkonto 330 38 Nürnberg Christlich-Soziale Reichspartei Würzburg, Karthause 11a.

Landesverband Baden.

Seelbach b. Lahr (Baden). Am Freitag, den 8. August findet eine öffentliche Versammlung abends 8 Uhr im Löffersaal, hier, statt. Unser Jugendführer Teipel spricht. Wir hoffen, daß alle Freunde zur Stelle sind und tüchtig mitarbeiten für die kommende Reichstagswahl. Klärt unsere Leute überall auf, daß am Wahltag Liste 11 für uns in Frage kommt. Jugend, erscheint zahlreich. Einer eurer Führer spricht ja zu euch.

Mannheim. Wir machen unsere Parteifreunde darauf aufmerksam, daß unsere nächste regelmäßige Monatsversammlung am kommenden Mittwoch, den 13. d. M., abends 8 Uhr im Lokale M. 4 No. 19 stattfindet. Eine besondere Mahnung ergeht an diejenigen Freunde, die in letzter Zeit die Versammlungen sehr mangelhaft besucht haben. Wichtiges gibt es entgegenzunehmen, wie Bericht über den Parteitag von Volkertshausen und wie führen wir den Wahlkampf; das ist der wichtigste und entscheidende Punkt der Tagesordnung.

Wer die Tagespresse in den letzten Tagen verfolgt hat, mußte wahrnehmen, wie es im Gebälk der alten Parteien kribbelt und kracht. Sie glauben mit Partischlindänderung weiter das Volk irreführen zu können. Soll ihnen das gelingen, soll weiter das Übel unserer Zeit, die Lüge triumphieren, soll in diesem Wahlkampf wieder der Satz seine Verwendung finden: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ Wir sagen: Nein! Aber mit dem Neinsagen ist noch nichts getan. Wollen wir diesem Übel praktisch entgegenzutreten, müssen die Wählermassen aufgeklärt werden, muß Glaube und Vertrauen zu Partei und Führertum geweckt werden. Dazu gebrauchen wir jedes Einzelnen Mithilfe. Die Zeit ist für uns, nützen wir sie für uns, für die Sache des Volkes, aus. Tausendmal lieber das Seine, im Einvernehmen mit dem Ruf: „Ohne Arbeit kein Lohn und ohne Kampf keinen Sieg.“

Offenburg. Am Sonntag, den 17. August findet in der Michelhalle, Glaserstraße, eine mittelbadische Bezirkskonferenz statt, wozu unsere Mitglieder und Leser des N.V. freundlichst eingeladen sind. Tagesordnung: Bericht über den Landesparteitag, Wahlpropaganda, Verschiedenes. Freunde, erscheint alle vollständig und bringt auch eure Frauen mit.

Landesverband Pfalz.

Wir stehen vor der Reichstagswahl wieder Ein Grauen überkommt einen, wenn man heute wieder sehen muß, daß man den ganzen Betrug von heute wieder als Staatsnotwendigkeit hinstellt. Im Jahre 1925 hätte man fast nach den schönen Reden von Zentrumsmännern, wie Imbusch, glauben können, es käme eine neue Zeit, das Gegenteil ist eingetreten. An alle Freunde der Pfalz richte ich hiermit die Bitte, habt Vertrauen zu unserer Bewegung, helft mit uns kämpfen für eine neue gerechte Wirtschaftsordnung. Spondet für unseren Kampffonds und wenn es nur ein kleines Scherchen ist, wir wissen, daß wir lauter arme Freunde haben. Schaut in unsere Zentrumszeitung der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“, wo fast jeden Tag Wahlbeiträge in der Höhe von RM. 100.— bis 200.— gesammelt werden, hier sind die Interessenten an der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Auf in den Kampf für Christus und das arme betrogene Volk!

Anschriften erbeten an Peter Nikolaus, Ludwigshafen a. Rhein, Rupprechtstr. 129.

Kreisverband Unterfranken. Die Kreistagung am Sonntag, den 3. d. M. in Werrfeld hat sich unter anderem mit der Aufstellung der Liste für den Wahlkreis Franken beschäftigt. Einstimmig wurde beschlossen, daß ein Bauer Spitzenkandidat für den Wahlkreis Franken zum Reichstage wird. Die Liste wird demnächst veröffentlicht. Weiter bittet die Kreistagung alle Freunde in jeder Gemeinde für unsere Sache vorzustehen, sei es durch Versammlungen, Flugblattverteilung, Plakatanklebung und Verteilung des N.V. Ferner in allen Gemeinden für unseren Kampffonds zu sammeln. Sendet bitte sofort den Kampffonds nebst Euren Mitgliedsbeiträgen auf das Konto der Christl.-Soz. Reichspartei, Postcheckkonto Nürnberg 33038. Mit jeder Mark können wir mehr vorstoßen im Frankenland. Auf in den Kampf!

Wir sehen uns veranlaßt, über Versammlungen nicht mehr im N.V. zu berichten, da wir die Erfahrung machen mußten, daß dann Personen der betreffenden Orte auf gewissen Befehl hin den Kampf in der Gemeinde gegen uns aufnehmen müssen. Wir arbeiten um so intensiver. In der letzten Woche fanden wiederum sechs gute Wahlversammlungen statt.

Würzburg. In der Ortsgruppe Würzburg spricht in den Tagen vom 12.—15. August der jugoslawische katholische Priester Franco Simon aus Maribor, über das Thema: „Gebürt dem christlichen Sozialismus die Zukunft?“ Der Tag wird den Mitgliedern durch Einladung bekanntgegeben, ebenfalls das Lokal Leser und sonstige Interessenten mögen uns Ihre Adresse bekanntgeben, damit wir sie verständigen können. Der Tag kann leider noch nicht bekanntgegeben werden, da wir nicht wissen, wann er eintrifft. Werbt für die Versammlung und erscheint restlos.

Landesverband Rheinland.

Bonn. Die äußerst gespannte wirtschaftliche Lage muß auch hier die Freunde und Leser des N.V. auf den Plan treten. Am 29. d. M. konnten auch wir zur Gründung einer Ortsgruppe übergehen. — Die Freunde der CSRP. und Leser des N.V. waren recht zahlreich erschienen. — Hier sprach dann Freund Kröhling über die gegenwärtige politische Lage und richtete einen Appell an alle Anwesenden, mitzuarbeiten für die CSRP. für das notleidende schaffende Volk, welche lebhaften Beifall fand. — Nun ging man zur Wahl des Vorstandes über. Derselbe setzt sich zusammen, wie folgt: 1. Vors. Heinz Kröhling, Schriftführer E. Merten, Kassierer Peter Link. Anschriften sind zu richten an: Freund Kröhling, Bonn, Eilergasse 21.

Beisdorf (Sieg). Am Sonntag, den 10. August nachm. 3 Uhr findet bei Parteifreund Anton Kern, Beisdorf, Siegststraße, eine

äußerst dringende Kreisverband-Vorstandstzung statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den bevorstehenden Wahlen. (Wahlarbeit, Wahlpropaganda und Wahlfinanzierung.) 2. Festlegung der Wahlversammlungen in den einzelnen Orten des Kreises. (Referent: Freund Dr. Teipel.) 3. Verschiedenes. Es ist ernste Pflicht der Ortsgruppen und Vertrauensmännerchen, ihren seitherzeit gewählten Vertreter zu dieser wichtigen Sitzung zu entsenden. Jetzt gilt zu beweisen, welcher Freund seine ganze Kraft für den Kampf des schaffenden Volkes einsetzt. Neben dem Vorstand sind auch die übrigen Freunde sowie auch die der Volkrechtspartei eingeladen. Der Kreisvorstand.

Ortsgruppe Hönigen. Die Christl.-soz. Reichspartei hält am Sonntag, den 10. August, abends 6 Uhr, im Lokale Leonhard Dohna in Hönigen, Kirchstraße, eine wichtige Mitgliederversammlung ab, in welcher auswärtige Parteifreunde und Mitglieder der Volkrechtspartei, mit denen wir ein Wahlbündnis geschlossen haben, über den Wahlkampf und das Organisationswesen sprechen werden. Ebenfalls wird genaue Aufklärung über die Durchführung der Wahlhandlung gegeben. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jeden Mitgliedes und Lesers des N.V., mit ihren Frauen zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Stadtverband Essen. Während des Wahlkampfes findet jeden Montag, abends 8 Uhr, im Lokal Ludwig Reuter, Emsen-Weg, Hobelstraße 7, eine gemeinsame Sitzung der Vertrauensleute der CSRP. und der Volkrechtspartei statt. Mitglieder, die zur Mitarbeit bereit sind, sind herzlich willkommen.

Gelsenkirchen-Buer. Am Sonntag, den 10. 8. 1930, vormittags 10 Uhr, findet beim Wirt Baumeister, Essenerstr., eine Stadtverbandssitzung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung zur Vorbereitung der Wahlarbeiten wird erwartet, daß sich die Freunde regen an der Sache beteiligen. Auch die Freunde der Volkrechtspartei sind herzlich eingeladen.

Landesverband Niedersachsen.

Hannover-Linden. Am Sonnabend, den 16. August, abends 8 Uhr, wichtige Versammlung bei Gastwirt in Linden, Ellasbethstr. 35, Ecke Pfarrlandstr., Straßenbahnhaltestelle Köthnerholweg.

Hildesheim. Alle Freunde und Leser des N.V. werden zu einer Besprechung in der Wohnung des Unterzeichneten für Dienstag, den 12. August, abends 8 Uhr eingeladen. Aber Erscheinen ist dringend erwünscht. B. Wirskl. Alfelderstr. 36a I.

Landesverband Schlesien.

Ortsgruppe Breslau: Anschrift Erwin Janka, Breslau 6, Alsenstr. 13.

Landesverband Saargebiet.

Auf zum Partei- und Familientreffen am Rosenhaus! Rosenhaus bei Wahlschied. Zum letzten Male rufen wir, keine Ortsgruppe, die dort nicht vertreten ist. Das muß Ehrensache sein. Es gibt immer noch so viele Parteifreunde, die am Sonntag im Schlepptau von allen möglichen spießbürgerlichen Vereinen sich wohlfühlen und ihr Geld vertun, aber nur nicht auf die Veranstaltungen kommen, die doch ganz ihre Interessen vertreten. Da hat man immer, aber auch immer, eine Entscheidung. Nein, das muß aufhören. Wenn die Partei ruft, dann bin ich da. Und nicht nur, wenn einmal wieder Wahl ist. Also: Am Sonntag wandern wir mit Frau und Kindern nach dem schönen Rosenhaus mitten im herrlichen Walde. Die Köllertaler fahren bis Hausweiler, die aus dem Kreise Ottweiler bis Quierschied. Dann ist's noch eine gute Stunde bis anderthalb. Im ersten Teil eine Kundgebung der Partei und unser Bekenntnis zu ihr. Dann fröhliches Beisammensein und Spiel mit den Kindern. Recht viele mitbringen. Auch die christl.-soz. Jugend sei hiermit noch einmal geladen. Und nun los. Keine Gruppe ohne Wimpel, Klampfen und Gelgen mitbringen. Die Alten voran mit ihren Frauen. Zeigt mal, daß sie auch hinter euch stehen und in unserer Front marschieren oder ob sie noch wo ganz anders sich herumkutscheln und im Beck sitzen. — Am morgigen Sonntag wollen wir Christlich-Soziale von der Saar einmal wandern. Da wird sich's zeigen, welcher Vorsitzende die stärkste Aktivität in seiner Gruppe zu entfalten versteht. — Alle Mann (aber wirklich!) an Bord. Die Landesleitung hat aufgerufen. Wacht auf, Verdammte! —

Holz. Morgen, Sonntag, den 10. August findet hier die erste öffentliche Parteiversammlung der CSRP. (Saar) in der Wirtschaft Beck, 8 Uhr abends, statt. Freund Peter Lorig spricht über Sinn und Aufgaben der CSRP. Laßt uns eine Brosche in diese kleine Zeitung schlagen. Darum alle Freunde in die Versammlung.

Christlich-soziale Jugend, Saargebiet. Kutschhof. Am 30. und 31. August Landeseigentreffen der CSJ. in Kutschhof. Jede Gruppe gibt an, wie viele am Samstag abend kommen, damit wir das Feuer, den Abend und die Hefen vorbereiten können. Wir machen auf den Rundbrief aufmerksam, der schon im Druck ist. Wer ihn nicht erhält, kann ihn von unserem Schriftleiter Alois Schmitt, Wiebelskirchen, Hochstr. 65, gegen Einsendung von 1.— Frs. in Marken zugesandt bekommen.

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit das Wochenblatt

„Das neue Volk“

Herausgeber Vinus Heller. — Verlag Würzburg.

Preis monatlich ohne Zustellgebühr 80 Pfennig

Für das _____ Quartal 192_____

Für den Monat _____

Name: _____

Wohnung: _____

Wohnort: _____

Ausschneiden. Unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen oder dem Postboten einhändigen.

Kommunalpolitik

Aus dem Saargebiet.

Zum vierten Male tagte am 31. Juli in Saarbrücken der Kreistag Saarbrücken-Land, um über eine umfangreiche Tagesordnung zu befinden.

Nach den einleitenden Worten des Landrats Herrn Dr. Vogeler ging man in die Beratung der einzelnen Punkte über.

Unter 1 und 2 wurde ein Schiedsmann und ein stellvertretender für die gemeinsamen Bezirke: Guchenbach, Hilsbach, Oberhofen und Berschweiler, Curhof, Dilsburg, Elweiler usw. gewählt.

Unter 3 wurden die Vertrauensleute zum Ausschuß, der die Wahl der Schöffen und Geschworenen vornimmt, für die Amtsgerichtsbezirke Sulzbach, Völklingen und Saarbrücken-Land gewählt. Angesichts der Wichtigkeit dieser Wahlen hatten sich seitens der christl.-soz. Partei Namensnennungen stattgefunden, die aber unberücksichtigt blieben, was einen bei der Einstellung der alten, zu sehr verbürgerlichten Parteien, einschli. der Zentrumspartei, gar nicht wundern darf. Beim Völkerbund schreibt man aber nach Schutz für die Minderheiten um dieselben bei jeder passenden Gelegenheit zu vergewaltigen und auszuschalten. Es gilt aber auch hier das Sprichwort: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht immer dasselbe!“

Zu 4 sollen die Hälfte der Beiträge zur Altersversicherung der Hebammen weiter vom Kreis gezahlt werden, jedoch soll die Reg.-Kommission ersucht werden, eine gemeinsame Regelung in vorerwähntem Sinne für das Saargebiet einzuführen. Obwohl man dem schwierigen Berufe der Hebammen Verständnis entgegenbringen muß, wurde doch von der christl.-soz. Partei hierzu beantragt, die Vermögens- und Einkommensverhältnisse zu berücksichtigen, da manche doch, weil verheiratet, im Doppelverdienst stehen andere wiederum von den nicht immer gleich zu vereinnahmenden Gebühren mitunter ein karges Leben fristen müssen. Es blieb jedoch bei der alten Regelung.

Die nächsten Punkte betrafen die Übernahme von Straßen auf den Kreis, wobei seitens der christl.-soz. Partei von der Erwirkung ausgegangen wird, hierbei eine Entlastung der kleinen leistungsunfähigen Gemeinden herbeizuführen, in welchem Sinne man auch entschied.

Als letzter Punkt stand der Kreishaushaltplan zur Beratung.

Wie alle Haushaltspläne, so ist auch dieser, durch die ungerechte, den Verhältnissen in keiner Weise Rechnung tragenden Beamtenbesoldung am stärksten belastet. Trotzdem konnte der Sprecher des Zentrums nicht umhin, dem Landrat eine Vermehrung des Beamten- und Angestelltenapparates nahezu legen, um wahrscheinlich ein paar bewährte Zentrumsagitatoren oder Werber für die Landesseitung unterzubringen.

Von Seiten des Landrats wurde im Laufe seiner Ausführungen dieses „Versorgen mit guten Pöstchen“, worum sich einige die Haken abrennen würden, in gebührender Weise zurückgewiesen, wofür man ja noch Verständnis haben muß.

Von der christl.-soz. Partei wurde beantragt, 150.000 Frs. die im Etat zur Unterstützung des Saarbrücker Stadttheaters verzeichnet sind, zu streichen und den Betrag für solche Fülle zu verwenden, wo Leute mit hohen Zinsen gebaut haben und infolge der Fierschichten und Teuerung sowie der allgemein schlechten Lage der Arbeiterschaft nicht in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen, teilweise sogar schon vor diesem Ruin stehen.

Leider hat man den Antrag nicht berücksichtigt, sogar seitens des Zentrums nicht, das sich als Verfechter des Art. 218 bei jeder Gelegenheit so rühmlich hervortun will, aber wo es gilt, das geheuchelte Interesse für kinderreiche Familien (solche kommen ja meistens unter denen, die gebaut haben, weil man sie sonst nicht haben will, in Frage) zu beweisen, da überläßt man diese Ärmsten der Armen ihrem Schicksal. Ein „Menetekel“ für jeden, den es angeht!

Der Haushaltplan wurde dann gegen die Stimmen der KPD und der christl.-soz. Partei angenommen.

Leonh. Blas, Mitglied des Kreistags Saarbrücken.

Aus dem Saargebiet. (Wemmetweiler.)

In der Kreistagsitzung am 21. 7. wurde auch die Erhöhung des Mindestbeitrages für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zur Sprache gebracht. Im Jahre 1929 war der Mindestbeitrag 25 Frs. bei 870% der Grundsteuer. (Der Beitrag wird nachträglich erhoben. Der diesjährige Beitrag gilt für das Versicherungsjahr 1929.) In diesem Jahre ist der Mindestbeitrag 40 Frs. bei 240% der Grundsteuer. Für die größeren Betriebe war der Beitrag zur Berufsgenossenschaft ziemlich hoch, vielleicht zu hoch. Man ging daher dazu über, den Mindestbeitrag von 6 RM. (in den Vorkriegsjahren waren es 25 Pfennig, steigend bis es dann 1914 schon 1 Mark war), wie im Reich zu erheben. Eine Senkung ist also bei Rückkehr zum Reich nicht zu erwarten. Wir bekommen so allmählich allen Segen von drüben. Wer nun 16,60 Frs. Grundsteuer zu zahlen hat, erhält 16,60 x 240 = 39,84 Frs. oder rund 40 Frs. Mindestbeitrag. Da das Land klassifiziert ist, ist es nicht gesagt, daß man bei 25 Ar = 1 Morgen den Mindestbeitrag zu zahlen hat. Bei erstklassigem Land braucht die Fläche lange nicht so groß zu sein als bei minderwertigem Land, z. B. bei Land der Klasse 4. Die Gesamtausgaben der Berufsgenossenschaft waren 1929 geringer als 1928, andererseits hat die Erhöhung des Mindestbeitrages dazu beigetragen, daß der Umlagesatz von 970 auf 240% herunterging. Das bedeutet für die größeren Betriebe gegen 1929 ein glattes Geschenk von 320%. Für die Großen Beitragsermäßigung, für die Kleinen und Ärmsten eine Beitragserhöhung. Es ist in diesem Jahre vorgekommen, daß Leute ihre Wiesen zu 40 Frs. verpachten mußten und auf der andern Seite 40 Frs. Beitrag, ohne die Grundsteuer zu zahlen haben. Diese Leute können also am besten weg, wenn sie ihr Land 4 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zur Bestellung überlassen. Zu prüfen ist noch folgendes: Auf dem Steuerzettel steht Grund- und Gebäudesteuer soundsoviel. Da der Beitrag nur auf die Grundsteuer gelegt wird, müßte geprüft werden, wer 16,60 Frs. Grundsteuer ohne Gebäudesteuer hat. In dieser Form dürften wohl viele vom Beitrag zur landw. Berufsgenossenschaft befreit sein.

Wie der Beitrag in die Höhe ging, zeigt folgender Steuerzettel:

Grund- und Gebäudesteuer	Beitrag zur landw. Genossenschaft
Jahr	Fr.
1925	16,25
1926	18,25
1927	18,25
1928	18,25
1929	18,25
1930	18,25

bei gleichbleibender Grundfläche, wie die Grund- und Gebäudesteuer beweist. Vielleicht sind es nächstes Jahr 60,00 Frs. Erinnert dieses nicht an das große Bauernlegen vor 120 Jahren. Den Großen Brot, den Armen Stein.

Der Herr Landrat Dr. Beck gab noch Aufschluß, was man unter den Kosten der Landesplanung zu verstehen hat. Bewilligt sind dazu 10.000 Frs. Unter der Landesplanung ist das Zusammenlegen der Felder der größeren Besitzer zu verstehen. Im Reich wird daran auch gearbeitet. Auf den Ausgang derselben darf man gespannt sein.

Kreistag Ottweiler (Saar). Kreistagsitzung.

Am 21. Juli fand im Rathaus zu Wemmetweiler eine Kreistagsitzung statt. Es soll hier nur über Punkte von allgemeiner Bedeutung berichtet werden. Der Bürgerschaftsübernahme für die Zentralmolkereigenossenschaft wurde einstimmig zugestimmt.

Eine längere Debatte entstand über die Zinsschulden-Aktion. Es ist doch eigentümlich, daß die Zentrumsfraktion selbst die schwersten Bedenken zur Beihilfe hat und dennoch zustimmt. Es soll hier kurz alles Entgegenstehende zusammengefaßt werden. Es muß zu einem Antrag eingereicht und vorhanden sein: Grundstückspapier, Lageplan, Hauptplan, Baubeschreibung, Kosten-, Ertrags- und Lastenberechnung, Architektenvertrag und notwendigermaßen Bescheinigung über Bergsicherheit. Antrag und Kostenberechnung gemäß Formular 1 und 2 sind in dreifacher, alle übrigen Unterlagen in einfacher Anfertigung zur Vorlage zu bringen.

Der Antragsteller muß haben: Ein eigenes Baugrundstück, das an einer öffentlichen Straße liegt und 20% der Bausumme. Eigenleistung und vorbeschaffte Materialien können in der

Regel auf das Eigenkapital nicht angerechnet werden. (Technische Richtlinien.) Die Darlehen werden ausbezogen zu 7% Zinsen, 1% Tilgung zu einem Auszahlungskurs von 91. (Nimm Deine Handschrift und schreibe Hundert!) Der Zuschuß wird gewährt auf die Dauer von 10 Jahren (wenn nichts dazwischen kommt) vom ersten Tage des auf die Gebrauchsabnahme folgenden Vierteljahres. Die Aufstellung der Projekte, Bearbeitung der Anträge, die Durchführung der Bauleitung und die Vornahme der Abrechnung sollen in der Regel einem Privatarchitekten — nicht Unternehmer oder Angehörten übertragen werden. Alle Arbeiten und Lieferungen sind durch Ausschreibung oder Preisforderung zu vergeben. Das schriftliche Einkommen ist vor der Zuschlagserteilung zur Genehmigung einzureichen. Das Honorar für den Architekten beträgt 4% der Bausumme. Bei Bauten, welche über diesen Rahmen in qualitativer Hinsicht hinausgehen, findet eine Honorarbegrenzung nicht statt. Die Baulichkeiten sind zum vollen Wert (also auch die Fundamente und das Kellergerüst) zu versichern. Der Hausbau hat 4%, bei Mittelstandwohnungen 6% selbst zu tragen. Die restlichen Zinsen werden zu drei Sechstel von der Regierungskommission, zwei Sechstel vom Kreis, ein Sechstel von der Gemeinde aufgebracht.

Die baupolizeiliche Genehmigung läuft nebenher, Gelddarlehner ist die Hypothekbank zu Saarbrücken.

Der Vertreter der chr.-soz. Partei erblickte hier keine Erleichterung für die Bauenden und stimmte daher mit den Kommunisten gegen die Zinsschuldenaktion.

Es sind starke Bestrebungen im Gange, den Zins gegen Ende des Jahres auf 6-6 1/2% herunterzudrücken. Sollten diese Bestrebungen Erfolg haben, so sind für das Jahr 1931 viel günstigere Bedingungen zu erwarten als die Zinsschuldenaktion sie gewährt.

Die „Saarbrücker Landesseitung“ schreibt dazu: Auch der Vertreter der CSRP, stimmte gegen eine soziale Aktion. Wie eine soziale Aktion aussieht, scheint der Artkler gar nicht zu wissen. Die Bauhustigen werden es am Geldbeutel beurteilen können. Käßler.

Soeben erschienen:

12 Studien

über politische Ereignisse und volkswirtschaftliche Zustände im Lichte der katholischen Moral

Von Arthur Miller von Aichholz.

Versagen der Katholiken im sozialen Leben

von Dr. theol. et phil. et rer. nat. et rer. pol. Johann Ude, Professor der kath. Theologie an d. Universität Graz.

Eine Würdigung der Lehre und des sozialen Wirkens des Volkspostels Dr. Ude.

Redeverbot Dr. Ude

Recht oder Irrtum?

Es ist höchst interessant, diese kritische Broschüre zu lesen, um sich selbst ein Urteil über die hohe ideale Auffassung dieses streng katholischen Gelehrten über das Christentum der sozialen Tat zu bilden. Es sind flammende Anklagen über den Verfall im religiösen Denken. Der Vortrag von Dr. Ude, den er über die bischeiliche Weisung zu widerrufen gerungen war, ist in dieser Broschüre vollinhaltlich abgedruckt. Preis RM. 2.00 (15 Pfg. Porto). Zu beziehen durch: Berthold Silberack, Würzburg, Rottendorferstraße 8, Postscheckkonto Nürnberg 31 065.



Genießen Sie Ihre Ferien —
schaffen Sie sich Wohlbefinden und Behagen durch die zweckmäßige **Bleyle-Kleidung**

Wir führen Bleyle-Westen und -Pullover, Bleyle-Hosen u. Kleidchen in vielen flotten Formen und modernen Farben.

Größte Auswahl — niedrigste Originalpreise.

Wilhelm Zapff
WÜRZBURG

Bekanntmachung.

Betr.: Umsteigeverkehr zwischen Straßenbahn und Frauenland-Linie.

Zwischen der unterzeichneten Direktion und dem Auto-unternehmer Grebner ist folgendes vereinbart worden:

- Ab Montag, den 4. August 1930 wird ein Umsteigeverkehr von der Frauenland-Linie nach dem Straßenbahnnetz und umgekehrt eingeführt.
- Als Umsteigefahrscheine werden Einzelfahrscheine zum Preise von 30 Pfg. verausgabt, ferner Fahrscheine, enthaltend 10 Fahrscheine zum Preise von Mk. 2.50.
- Umsteigefahrscheine und -Hefte sind nur an Werktagen gültig.
- Die auf dem Straßenbahnnetz geltenden Vorschriften über Kinder- und Gepäckbeförderung finden im Umsteigeverkehr sinngemäße Anwendung.

Würzburg, den 31. Juli 1930.

Die Direktion
der Neuen Würzburger Straßenbahnen,
Gesellschaft mit beschr. Haftung.

63 Mk

Gebrauchsfertig
bestehend aus:
Laewe od. Telefunken Fernempfänger 37.30
Großfläch. Lautsprecher 15.—
Hochleistung. Anode 100 V 8.50
Akku Ia 4 V 8.50

direkt ab Fabrik
auf Teilzahlung daher 50 % billiger
Fabrik Cyklop, Berlin
Holsteiner Ufer 25/26
Größte Radiofabrik Deutschlands f. Privatversand

Trinkt Chabeso!



Meine Füße...
...sind wieder
...so schön!

Ich hab's der Supinator-Fußstüpe zu danken, daß meine Füße in Ordnung sind. Nun kann ich wieder ohne Ermüdung und schmerzfrei laufen. In meinem Supinatorium prüft Ihnen mein Fußspezialist und Ortop. Schuhmachermeister im May-Fußspezial — auch für Sie sichtbar — was Ihre Füße brauchen, um einen leichten Gang zu erzielen.

Meermann's Schuhsohlerei
Inh.: Gg. Haas
Franziskanergasse 8 Telephone 5870.

Koks!

Unsere Sommerpreise:

Grobkoks ab Werk	M. 1.80	frei Keller	M. 2.10
Nußkoks	"	"	M. 1.30
Perlkoks	"	"	M. 1.05

Baustein-Werk
G. m. b. H.
Würzburg 7 Telephone 5487.